Breslauer Zeitung

Die Expedition ist Herrenstrasse Nr. 20.

№ 205. Sonnabend den 2. September 1848.

An die Abonnenten der stenogr. Berichte der Verhandlungen der National-Versammlungen in Berlin u. Frankfurt a. M. Heute erscheint der 26—30. (296—300.) Bogen des 10. Abon. v. 30 Bog. Berlin Bg. 140. 141. Frankf. Bg. 157—159. Mit der heutigen Lieferung ist das 10. Abonnement beendet. Auf das 11. Abonnement (Bogen 301 bis 330) beliebe man baldigst bei den betreffenden Postanstalten und Commanditen mit 10 Sgr. zu pränumeriren.

Preußen.

Versammlung zur Vereinbarung der preußischen Staats-Verfassung.

Sitzung vom 31. August.

Nachdem das Protokoll verlesen und einige Urlaubsgesuche von der Versammlung bewilligt sind, bringt der Präsident den § 44 zur Abstimmung. Die Versammlung nimmt ihn einstimmig an; er lautet: die Anführer der Bürgerwehr werden von allen Bürgerwehrmännern der Dienstliste (§ 15) gewählt. Die folgenden §§ 45—48 incl. des Kommissions-Entwurfs werden von der Versammlung ohne weitere Debatte angenommen. Hierauf geht man mit zeitweiliger Auslassung der §§ 49 und 50 zur Diskussion über § 51 über. Kunth hat folgenden Antrag gestellt: der § 51 des Entwurfs muß mit Rücksicht auf den Beschluß der Versammlung in der 46. Sitzung über § 44, nunmehr dahin geändert werden: der Oberst wird vom Könige aus einer Liste von drei Candidaten, welche in Gemäßheit des § 44 seq. gewählt werden, ernannt. Es entspinnt sich eine lebhafte Debatte. Abgeordneter Matthäi ist der Ansicht, daß durch Annahme des amendirten § 44 der Grundsatz der direkten Wahlen ausgesprochen sei, und die §§ 50 und 51, welche indirekte Wahlen vorschreiben von selbst wegfallen müßten, daher nur neue Bestimmungen über die zweckmäßigste Art der Wahl hinzugefügt werden müßten. Berends schließt sich Mathäis Vorschlage an. Er erklärt sich entschieden gegen die Wahl von Kandidaten, die Gemeinden sollen zum Ersatze eines bei Tumult entstandenen Schadens verpflichtet sein, sie müssen also auch das Recht haben, die Anführer der Bürgerwehr zu wählen. Gegen Berends spricht der Minister des Innern: „In allen constitutionellen Staaten ist es Grundsatz, den König aus der Discussion zu lassen. Bei Gelegenheit der Eidesleistung hat man schon den König in die Debatte verwickelt. Hier handelt es sich darum, der Krone eine Ehrenbezeugueg zuzuwenden.“ Die Pietät müsse schon ein Grund sein, die Krone bei der Ernennung der Obersten der Bürgerwehr mitwirken zu lassen. Die Mitwirkung der Krone bei der Ernennung, die er Namens der Regierung in Anspruch nehme, habe auch einen tieferen Grund; die Bürgerwehr habe die Ordnung aufrecht zu erhalten, sie sei eine Hauptmacht der Executivgewalt, es müsse der Regierung Alles daran liegen, bei der Ernennung der Befehlshaber betheiligt zu sein. Waldeck: das Prinzip der indirekten Wahl der höheren Anführer ist gefallen, und man will die Wahl von Kandidaten festhalten. Meine Herren, eine solche Wahl repräsentirt aber nie die wahre Meinung des Volkes. Wie wir uns aus der Rede des Herrn Minister des Innern erinnern, wünscht die Regierung einen Einfluß auf die Wahl der Obersten. Der Wahlakt ist ein Akt des jeweiligen Ministeriums, das ihn in seinem Geiste vollziehen wird. Meine Herren: Erinnern Sie sich an die Geschichte Frankreichs, dort erwählte auch der Minister, lange Zeit war ein Mann, wie Jacqueminot, der sich rühmte, mit allen Ministerien gestimmt zuhaben, Kommandeur der Pariser Nationalgarde. Wollen Sie einen solchen Mann zum Kommandeur der Bürgerwehr, die ich so gern als Volkswehr betrachtet sehen möchte? (Lebhafter Beifall. M. H.! ein solcher Mann wird der Regierung di Stimme des Landes nicht zu Ohren bringen. Denken Sie an die Februartage Frankreichs, m. H.! und bedenken Sie, daß eine Beschränkung der Wahl das Institut der Bürgerwehr an der Wurzel angreifen würde. (Stürmischer Beifall.) Ministerpräsident, Hansemann und Kühlwetter melden sich gleichzeitig zum Worte. Ministerpräsident: Ich habe geglaubt, die Bürgerwehr sei dazu da, Schaden zu verhüten, und ich höre jetzt von dieser Tribüne, daß von der Bürgerwehr Schaden zu befürchten sei. Konstitutionelle Regierungen können nicht bestehen, wenn sie mit der Stimmung der großen Mehcheit des Volkes im Widerspruch stehen. Diese Mehrheit kann nicht durch die Bürgerwehr, sondern nur durch die Vertreter des ganzen Landes ausgesprochen werden. Will die Bürgerwehr dem Willen der Regierung entgegentreten, so tritt eine Revolution ein. Die Bürgerwehr hat die Verfassung zu schützen. Die Regierung muß eine Mitwirkung haben und es kann daher gewiß für ein billiges Verlangen gelten, wenn die Regierung aus drei Kandidaten sich die Wahl vorbehält, denn der vorgeschlagene Kandidat ist entweder der Mann des allgemeinen Vertrauens, dann wird ihn auch die Regierung wählen, oder er ist für absichtliche Zwecke gewählt, und dann wird ihn auch die Regierung recusiren müssen. Minister Hansemann: Das konstitutionelle Ministerium ist die Regierung des Landes, gestützt auf die Majorität des Landes, einer solchen Regierung kann man einen Einfluß auf die Wahl gestatten. In Frankreich und Belgien wird der Kommandeur von der Regierung ernannt. Wenn ein geehrter Abgeordneter erwähnt, daß sich der Kommandeur der französischen Nationalgarde, Jacqueminot, einmal gerühmt habe, daß er mit allen Ministerien gestimmt, so weiß ich nicht, ob dies geschehen, oder nicht, aber alle Ministerien haben einen Grundsatz zu verfolgen, nämlich die öffentliche Ordnung zu erhalten. Es kann daher nur darauf ankommen, ob der Kommandeur ein tüchtiger, zuverlässiger Mann war, wer ihn ernannt, ob Lafitte, Thiers, Guizot oder Soult, das ist gleich. Der Herr Abgeordnete möge doch nach Paris gehen und sich überzeugen, ob man sich jetzt noch sehr über die Februarereignisse freue. Im Juni haben sich die Nationalgarden zum größten Theil sehr gut geschlagen. Es ist Gefahr, daß die Nationalgarde sich nicht gut schlage, wenn sie im Gegensatze zur Regierung frei wählt. Minister des Innern sagt im Wesentlichen dasselbe wie seine Kollegen, die Beistimmung der Krone sei selbst etwas dem Institut Günstiges. Waldeck bemerkt, daß der Herr Finanzminister Konsequenzen gezogen habe, die er nicht hervorgerufen. Jung: M. H.! Wieder ist es das Wort Vertrauen, das man uns entgegenwirft, Vertrauen ist eine Gemüthssache, wir sollen mit dem schärfsten constitutionellen Verstande die Grenzlinien der Verfassung zeichnen. Der Herr Minister hält die Bürgerwehr für die exekutive Gewalt, ich halte sie für die Controle derselben. Meine Herren! man weise nicht auf Frankreich hin; die Franzosen sind tyrannisch für die Central-Gewalt, lassen Sie uns nicht sie hierbei zum Muster nehmen. Betrachten sie die Verhältnisse der alten germanischen Völker, schon in den Kaiserwahlen spricht sich die Geltendmachung des Individualitätswillens aus. — Es ist die Rede gewesen von der Pietät gegen die Krone. Es giebt nur eine Pietät gegen die Person, nicht gegen die Sache. (Bravo.) Der Redner geht auf die englischen Verhältnisse über und weist darauf hin, wie ängstlich man dort Grundrechte wahre. Temme: Wir sind von dem Volke herberufen, die Freiheit des Volkes zu bewahren, nicht ihm neue Fesseln anzulegen, nicht die alten Bevormundungen wieder einzuführen. — Ich weiß nicht in wie weit das gegenwärtige Ministerium gesonnen ist, die Verheißungen des vorigen zu respectiren. M. H. Keine Bevormundung, der Herr Finanz-Minister hat gesagt, das Ministerium beruhe auf dem Vertrauen des Volkes. Wollen Sie Männer des Vertrauens des Volks zu Anführern der Bürgerwehr haben, oder Männer des Vertrauens eines Ministeriums, das bei der einen oder andera wichtigen Frage die Zustimmung des Landes nicht mehr haben kann. (Lebhafter Beifall.) Milde: Das Vertrauen, das jetzt von dem Ministertische verlangt werde, sei ein anderes als dasjenige, welches man früher in Anspruch genommen habe, und eine Regierung hervorgerufen und gestützt auf die Majorität des Landes könne ein gewisses Vertrauen beanspruchen. Ein solches Vertrauen sei es höchstens, das man für die constitutionelle Regierung für fernerhin bewahren wolle. Abg. v. Auerswald, für das Amendement; er theile die Ansichten des Hrn. Temme, er ziehe aber andere Consequenzen, er behaupte, das Volk habe sich in seiner unermeßlichen Majorität für die constitutionelle Monarchie ausgesprochen, es sei allerdings eine Gefahr möglich bei der Wahl eines Anführers, volksthümlich werde sie ja immer sein, da aus 3 volksthümlichen Kandidaten gewählt werde. Er freue sich über den geehrten Abg., der auf germanischen Grundlagen zu bauen bitte, er müsse aber bemerken, daß es inconsequent gegen ein Vertrauen sei, wenn man andererseits so häufig von Mißtrauen spreche. (Lebhafter Beifall der Rechten und des Centrums.) Ruf zum Schluß. Schulz (Wanzleben) spricht gegen, Weichsel für, es hätten ja vier Minister gesprochen, dem Lande werde dies genügen. Trotz dem geht man zum Schluß, für den auch die Minister stimmen. Es wird auf namentliche Abstimmung angetragen und dieser Antrag unterstützt. Für Knuths Amendement stimmen 225, dagegen 136, 35 fehlen. — Auf Mathäis Antrag wird bestimmt, daß die Wahlen des Majors in der Art vor sich gehen, daß die einzelnen Kompagnien zusammentreten und ihre Wahlzettel verdeckt eingeben. — Der § 49 wird dahin amendirt, daß über Beschwerden über die Majors- und Oberst-Wahlen die Kreisvertretung, in welcher der Wahlort liegt, vorbehaltlich der Berufung an die Bezirksvertretung entscheidet. Die §§ 51—54 werden bis auf geringfügige Verbesserung in § 52 angenommen. — (Schluß 2 Uhr.)

Berlin, 31. Aug. [Amtl. Art. d. St.-Anz.] Das 37ste Stück der Gesetzsammlung enthält unter Nr. 3022 den allerhöchsten Erlaß vom 29. Aprtl d. J., wegen Aufhebung der durch die allerhöchste Kabinets-Ordre vom 28. Mai 1846 provisorisch angeordneten Aenderungen in der Organisation und Verwaltung des landwirthschaftlichen Kredit-Instituts in der Provinz Posen; und Nr. 3023 das Privilegium für die Ausstellung auf den Inhaber lautender Schuld-Verschreibungen der Stadt Danzig zum Betrage von 100,000 Rthlr.; vom 22. August d. J.

Abgereist: der General-Major à la Suite Sr. Majestät des Königs, von Below, nach Lübeck. — Abgereist: Se. Excellenz der herzogl. anhalt-dessauische wirkliche Geheimerath und Vorsitzende im Staatsministerium, Dr. Habicht, nach Dessau.

Berlin, 31. August. [Tagesber. d. C.-V's.] Die von der Polizeibehörde beschlossene Verhaftung des Herrn Karbe hat noch nicht bewerkstelligt werden können, weil sich derselbe versteckt hält, und bei seinem öffentlichen Erscheinen von einem großen Haufen sei-

ner Freunde umgeben ist. Auch Edgar Bauer hält sich hier versteckt, und der an seiner Stelle verhaftete Herr Rüdisch oder Rochow soll sich noch immer im Gefängniß befinden. Die verhafteten Herren Ottensoser und Müller sind heute wieder auf freien Fuß gesetzt. — Die nach Frankfurt abgeordneten Ruge und Wesendonk sollen beabsichtigen, dort auszutreten, um sich in vorkommenden Fällen für die preußische Nationalversammlung wählen zu lassen. Die genannten Deputirten, sowie einige hiesige werden demnächst eine Erholungsreise nach Helgoland machen. Ueberhaupt dürfte bei dem Wiedereintreten der vor einigen Tagen drückenden Hitze die Kammer sich bedeutend leeren, da noch viele andere Deputirte Erholungsreisen beabsichtigen. — Vor einiger Zeit wurden die Abgeordneten v. Rodbertus, v. Berg, Stein und Müller in hiesigen Blättern wegen der mit der Schutzmannschaft angeblich gehabten Konflikte heftig angegriffen. Dieselben haben die mit ihrem Namen in Verbindung gebrachten Maßregeln zur Kenntniß der Staatsanwaltschaft gebracht, und werden die amtliche Feststellung der Vorgänge als einzig zulässige Widerlegung der gegen sie gerichteten vielfachen Verdächtigungen publiciren. — Das Direktorium des Grundbesitzer-Parlaments fordert die Fabrikanten und Kaufleute Preußens und der Nachbarstaaten zu einer Berathung, welche am 15. September hier stattfinden soll, auf. In derselben soll erwogen werden, ob und wie dem Verfall der Fabriken vorzubeugen, und wie weit der zu gewährende Schutz auszudehnen sei; ferner, welche Wege zur Verbesserung der traurigen Lage des Handelsstandes eingeschlagen werden könnten, und ob den durch den dänischen Krieg benachtheiligten Kaufleuten und Schiffsrhedern ein billiger Ersatz zu gewähren, und von wem er dann in Anspruch zu nehmen sei. — Der „Pommern-Verein für Wahrheit und Recht," welcher kürzlich ein imposantes Konzert zum Bau eines Kriegsschiffes veranstaltete, hat jetzt ein Vereinsblatt gegründet, um der Unwahrheit und unlauteren und feindseligen Gesinnung in der heimathlichen Provinz auf ehrliche und offene Weise entgegenzutreten. Sämmtliche Mitarbeiter liefern „aus reinem Patriotismus" Beiträge, und der etwaige Gewinn wird zu patriotischen Zwecken verwandt. — Der „Preußen-Verein" hat, wie man erzählt, an den Präsidenten des Volksklubbs geschrieben, daß er gleich ihm Feind des gegenwärtigen Ministerii sei, und daß es ihm leid thue, daß die letzten Unternehmungen der demokratischen Parthei nicht geglückt seien. — Die Nachricht von einer Ordnung der italienischen Angelegenheiten Seitens Oesterreich, ohne Zuziehung Englands und Frankreichs wird in einigen Kreisen für glaubwürdig erachtet, — wir theilen dieselbe mit, ohne sie verbürgen zu wollen.

≏ **Berlin**, 31. August. [Notizen.] So eben verbreitet sich das Gerücht, daß der König sämmtliche politische Gefangene amnestirt habe. — Die Stadt ist ruhig. Heute soll hier zahlreiche Artillerie aus Magdeburg angekommen sein. Das erste Garderegiment zu Fuß und das Franzregiment werden hier demnächst wieder einrücken, das 12. und 24. Regiment werden uns verlassen. — Die Gesetzvorlagen, deren Durchführung Herr Justizminister Märker bekanntlich sich zur Aufgabe gestellt, sind fertig ausgearbeitet, namentlich das Gesetz über Geschworenengerichte, über Bestrafung der politischen Verbrecher u. s. w. — Der Graf v. Bülow ist leider erkrankt und dadurch ist in die Behandlung der auswärtigen Geschäfte Verzögerung eingetreten. — In Folge des abgeschlossenen Waffenstillstandes mit Dänemark sind gestern gegen 300,000 Rtl. an der hiesigen Börse von englischen Häusern behufs Getreideankaufs in den östlichen Provinzen angewiesen; durch die Hand von Joseph Mendelssohn allein sind zu diesem Zweck 30,000 Pfd. gegangen. Der Waffenstillstandstraktat ist unterzeichnet von zwei dänischen Bevollmächtigten und von Herrn v. Below; über die noch nicht verkauften Schiffe und Schiffsladungen hat man sich friedlich geeinigt. — Die demokratische Zeitung „Reform" zählt bereits 1800 Abnehmer. Die linke Seite in Frankfurt interessirt sich sehr für die Verbreitung dieses Blattes. — Der permanente Bürgerwehrausschuß hat, unter Belobigung des fliegenden Corps der Kaufleute, in einer Eingabe an das Generalkommando sich dahin erklärt, daß die Bürgerwehr fortan nicht mit den Konstablern kooperiren werde; auch der 9. Bürgerwehrbezirk (Friedrichsstadt) hat sich gegen das Tumultgesetz ausgesprochen. — Von Herrn v. Radowitz erscheint demnächst eine „Regierungs-Geschichte Friedrich Wilhelms IV. von 1840—48," worin der Verfasser auseinanderzusetzen sich bemüht, daß lediglich die Umgebung des Königs seine liberalen Intentionen zu verhindern gewußt hat. — Dank sei es den regnerischen Abenden, Berlin ist von Straßenexzessen ziemlich frei. Doch spricht man vollen Ernstes von einem Attentate auf die Nationalversammlung, welches die Tollköpfe einer bekannten Partei durchzuführen gedenken, falls das bekannte Gesetz durchgeht.

[Mannigfaltiges.] Es ist in der jüngsten Zeit durch mehrere auswärtige Blätter von hier aus die Nachricht gebracht worden, daß zwischen dem Könige und dem Prinzen von Preußen ein Zerwürfniß eingetreten sei, in Folge dessen der Prinz für einige Zeit die Mark verlassen werde. Wir sind auf völlig zuverlässigem Wege in den Stand gesetzt, dieser ganzen Mittheilung auf das Entschiedenste zu widersprechen. Es besteht zwischen dem Prinzen und dem Könige das trefflichste Einvernehmen und der Prinz soll noch erst kürzlich gegen einen hohen Beamten geäußert haben, er erachte es als erster Unterthan des Königs für seine Ehrensache, sich den Ansichten und Entschließungen Sr. Majestät stets und ganz unterzuordnen. — Der Publizist giebt in einem ausführlichen Referat über die Montagsvorfälle unter den Linden die bestimmte Mittheilung, daß aus der vorderen Reihe der Bürgerwehr ein Schuß gefallen, der aber, wie der Kundige aus dem Knalle sogleich habe entnehmen können, kein scharfer gewesen sei. — Die von mehreren Blättern mitgetheilte Nachricht, daß die Herren Karbe und Edgar Bauer verhaftet seien, ist nicht gegründet. Trotz allen Bemühungen war es der Polizeibehörde bis gestern Abend noch nicht gelungen, den gegen beide Personen vom Untersuchungsrichter erlassenen Verhaftbefehl zur Ausführung zu bringen. Herr Karbe ist mehrfach öffentlich erschienen, war aber jedesmal mit einer so starken Leibgarde seiner Anhänger umgeben, daß die Polizeibeamten nicht wagen konnten, Hand an ihn zu legen. In der gestern Abend erschienenen Zeitungshalle macht Herr Karbe es sogar naiver Weise selbst öffentlich bekannt, daß der Polizei seine Verhaftung noch nicht gelungen sei. (Voß. Z.)

Posen, 29. August. Die in den Kreisconferenzen der Lehrer vor einigen Wochen gewählten Deputirten sind heute zu der morgen beginnenden Pravinzialconferenz hier zusammengekommen. Gewählt sind im Ganzen 26 Lehrer, davon sind 18 evangelisch und 8 katholisch, 21 aus Städten, 5 vom Lande; 8 Rektoren, 2 Lehrer an Mädchenschulen. (Pos. Z.)

Deutschland.

* **Frankfurt**, 26. August. [Verein für deutsche Zolleinigung.] Die hierher gesandten Fachmänner, welche das vom vereinigten Deutschland zu befolgende handelspolitische System mitberathen sollen, haben schon ihre Arbeiten begonnen. Natürlich zerfallen sie in zwei sich entgegenstehende Parteien, in die der Freihändler und die der Schutzzöllner. Jede Partei beschäftigt sich damit, ihre Forderungen zu formuliren, und mit möglichst zutreffenden Motiven und Belegen vor die Nationalversammlung zu bringen. Da indessen, trotz aller Verschiedenheit der resp. Bestrebungen, es doch einige Punkte giebt, in denen die Interessen zusammentreffen oder sich durch beiderseitige Zugeständnisse ausgleichen lassen, so haben die beiden Parteien einen „Verein für deutsche Zolleinigung" gestiftet, welcher zwischen den feindlichen Lagern gleichsam einen neutralen Boden zu Vermittlungsvorschlägen bilden solle. Einleuchtend ist es, daß Vorschläge, welche von den vereinten Vertretern aller Interessen einstimmig gemacht werden, ein großes, ja unwiderstehliches Gewicht haben müssen. Aber ebenso einleuchtend ist es auch, daß der gedachte Verein nur solche Anträge vor die Behörden bringen darf, welche ganz einstimmig beschlossen werden. Denn da das Zusammentreffen der Parteien ein ganz freiwilliges ist, wobei keine sich von der andern einen Zwang auflegen lassen, sondern mit der andern nur so lange transigiren will, als sie es für zweckdienlich findet, kann von Entscheidung nach Stimmenmehrheit nicht die Rede sein, indem die Partei, welche, der Zahl nach, zufällig schwächer vertreten wäre, sogleich austreten müßte, um nicht durch ihr Verbleiben das moralische Ansehen einer angeblichen Vereinigung aller Interessen, wobei aber ihr Interesse unterliegen sollte, zu stärken. Dies haben auch die betreffenden Parteien deutlich erkannt und in ihren Statuten ausgesprochen; auch zeigten ihre bisher gepflogenen Verhandlungen, ihr allseitig klares Gefühl, daß alle verfängliche Taktik fern bleiben müsse, indem nur der loyalste gegenseitige Takt einen so lockeren Verband vor augenblicklichem Zerreißen bewahren kann. — Die erste in diesem Vereine vorgebrachte Frage betraf die Transitzölle. Einstimmig sprach sich die Ansicht aus, daß diese nicht zur Finanzquelle gemacht werden dürfen, indem dadurch die Benutzung der inländischen Transportwege, und das Interesse sowohl des Speditionsgeschäfts als des überaus wichtigen Transithandels beeinträchtigt wird. Die ziemlich gegründete Hoffnung, daß nach Vollendung der Eisenbahnverbindung zwischen Triest und den Nord- und Ostseehäfen ein neuer großer Handelszug durch das vereinigte Deutschland geleitet werden könne, dürfte jede Erschwerung des Transits verbieten. Insofern Transitzölle sich in früheren Zeiten als Beitrag für die von den Regierungen besorgte Unterhaltung der Heerstraßen rechtfertigen ließen, werden sie jetzt durch Hafen- und Chausseegelder ersetzt. Doch wurde von einigen Seiten, wegen der Kosten der nothwendigen Kontrole bei dem Durchgange steuerpflichtiger Güter, ein Ersatz an die Zollbehörde beansprucht. Indem man dies gelten ließ, wollten einige einen Satz als Maximum der Kontrolkosten ausgesprochen wissen, damit nicht mißbräuchliche Belastung stattfände. Andererseits wurde verlangt, daß alle die Grenzen bisher zollfrei passirenden Güter wenigstens einen nominellen Zoll, zur besseren Kontrole der Quantitäten, im Interesse der Statistik, erlegen sollten. Hiergegen erhob sich starker Widerspruch. Darauf formulirte der Abgeordnete für Danzig, Prince-Smith, den Antrag: „Transitirende Güter ersetzen nur die nothwendigen Kosten der Steuerkontrole." Nachdem man sich darüber verständigt hatte, daß die gerechte Normirung solcher Transitkosten genügend durch die Volksvertreter überwacht werden könne, und daß die Frage wegen des allgemeinen statistischen Kontrolzolls offen zu lassen sei, wurde jener Antrag einstimmig zum Beschlusse erhoben, und als erste Frucht geeinigter Berathungen freudig begrüßt. — Die nächste auch wohl schwierigere Unterhandlung wird die Frage betreffen, ob Gewichtszölle beizubehalten oder Werthszölle an deren Stelle einzuführen seien. Auch hierin glauben wir, daß eine Vermittlung zu erreichen sein wird.

Frankfurt, 28. August. [67. Sitzung der deutschen Nationalversammlung.] Die Sitzung wird durch den Präsidenten von Gagern eröffnet. Die Abgeordneten Aue aus Dessau und Schmidt aus Brixen haben ihren Austritt aus der Nationalversammlung angezeigt. Für den Flottenbau sind weitere Beiträge eingegangen. Von mehreren Ausschüssen sind fertige Berichte zum Druck gegeben worden, so ein Bericht nebst Gesetzentwurf, gerichtliche Anklage gegen Mitglieder der Nationalversammlung betreffend, sodann ein Bericht, die Ergänzung der ständigen Ausschüsse betreffend ꝛc. Eine Eingabe von preußischen Offizieren der Bundesfestung Luxemburg wegen Ausschlusses derselben von Wahlen zur Nationalversammlung in Luxemburg, nunmehr wegen desfallsiger gesetzlicher Bestimmungen für die Zukunft, wird dem Verfassungs-Ausschuß als Material zu dem künftigen Wahlgesetz zugewiesen. Mehrere, seit dem letzten Beschlusse der Nationalversammlung bezüglich des dänischen Krieges weiter eingegangene, die Entschädigung für erlittene Verluste betreffenden Eingaben werden, wie nach jenem Beschlusse die früheren desfallsigen Eingaben, der Centralgewalt zugewiesen. Von dem Ausschuß für Bildung der Centralgewalt wird die Vollendung eines Berichts, die Erklärung des preußischen Ministerpräsidenten von Auerswald betreffend, angezeigt. Der einstimmig beschlossene Ausschußantrag schlägt vor: in Betracht, daß die Befugniß der Nationalversammlung, das Verfassungswerk für Deutschland selbstständig zu vollenden, feststeht; desgleichen hiernach die Befugniß, die Reichsbehörden zu gründen; in Erwartung, daß die einzelnen Regierungen den in die Kompetenz der Nationalversammlung fallenden Beschlüssen Folge geben werden, und daß die Versammlung erforderlichen Falls die entsprechenden Maßregeln zu ergreifen wissen wird; in Erwägung endlich, daß jene Erklärung nicht geeignet erscheint, Gegenstand eines Beschlusses zu werden, zur motivirten Tagesordnung überzugehen. Stenzel beantwortet Namens des völkerrechtlichen Ausschusses eine neuliche Interpellation Reh's dahin, daß der Ausschuß die polnische Angelegenheit, so weit die betreffenden Eingaben ihm zugewiesen waren, für erledigt hält. Kerst zeigt Namens des Marineausschusses an, daß die hier vorliegenden Beiträge zum Flottenbau (circa 53,000 fl.) dem Reichsministerium als besondere Fonds übergeben seien. Der Berichterstatter hebt hervor, daß die Beiträge vorzüglich von den weniger bemittelten Klassen und von den deutschen Frauen und Jungfrauen herrühren. (Beifall.) Es wird hierauf zur Tagesordnung der Diskussion über § 13 des Entwurfs der Grundrechte geschritten. (Das Resultat haben wir bereits in der gestrigen Zeitung mitgetheilt.) — Schluß der Sitzung 3¾ Uhr; -- Tagesordnung der morgentlichen Sitzung die Fortsetzung über Art. III. (§ 14) der Grundrechte. (Frkf. Bl.)

G. **Frankfurt a. M.**, 29. Aug. [Die 2te Sitzung des wissenschaftlichen Kongresses] fand gestern Nachmittag von 4—8 Uhr statt. Man fuhr fort, das besonders von Noack und Ruge ausgearbeitete Programm zu berathen. Zunächst lag § 3 der Debatte vor über: die Gliederung der akademischen Wissenschaft. Diese war darin eingetheilt als die der Natur und die des Geistes; jede zerfällt wieder in 3 Unterabtheilungen; die Wissenschaft des Geistes behandelt „1) den objektiven, 2) den subjektiven und 3) den subjektiv-objektiven Organismus der Freiheit." Wie sich die Zukunft unsrer Wissenschaft von dieser schulgemäßen Abstraktion emancipirt, zeigte die Kritik dieses §. Man machte gegen ihn geltend, daß nicht eine bestimmte Schule nach ihrer leeren Systematik, die manche Wissenschaften übergehe, weil sie in ihren Schematismus nicht paßten, den Studienplan der freien Universität entwerfen dürfe, sondern daß das Bedürfniß selbst und die vorhandene Möglichkeit, es zu erfüllen, diese Aufgabe von selbst erfüllen werde, jedenfalls aber dürfe man nicht allein philosophische Disciplinen aufnehmen, so daß, wie es die Absicht des Programms ist, den jungen Leuten, nachdem sie auf den alten Universitäten das Sächliche und Empirische studirt hätten, nun auf der akademischen Universität „der geistige Eierschaum alles dessen einfiltrirt werde;" sondern die neue Universität solle grade die praktischen und materiellen Lehrfächer in ihr Bereich ziehen, der Jugend dasselbe bieten, was die alten Hochschulen, aber noch mehr und besser (denn Empirie an sich sei nicht verwerflich, nur schlechte Empirie) und so mit ihnen konkurriren. Ohne daß ein Redner dafür auftrat, fiel auch dieser § einstimmig durch. — Es am jetzt ein wichtiger Punkt zur Debatte, der dem ganzen Unternehmen erst Halt und Hoffnung gab: der Ort der neuen Universität. Im Programm war Frankfurt vorgeschlagen. Deutsch, der Abgeordnete der Aula von Wien, erhielt sogleich das Wort und — verlangte die Gründung derselben in Wien. Wien, sagte er, sei der Boden der Freiheit, auf ihm werde auch die Wissenschaft am Freisten gedeihen; daß die Wiener empfänglich sein würden für die neue freie Wissenschaft, hätten sie gezeigt, als sie die Resultate derselben erfüllt, ehe sie diese selbst gekannt hätten, denn das Resultat der deutschen Wissenschaft ist die Revolution; es sei aber auch eine Pflicht, den deutschen Geist in seiner reifsten Vollendung den östlichen Ländern mitzutheilen, denn bis jetzt seien sie von Deutschland getrennt gewesen, wie eine andre Nation, und nun sie mit solchem Enthusiasmus dem einigen Deutschland sich anschlössen, müsse man ihnen auch die Hand bieten, und ihnen die schönsten Früchte dieser Einheit reifen, — die deutsche Wissenschaft; endlich aber sei es eine Nothwendigkeit, die österreichischen Provinzen aufs engste mit uns zu verknüpfen und ihnen unsere besten Kräfte mitzutheilen, um den deutschen Geist gerade da stark zu machen, wo er Gefahr laufe, von dem slavischen Geiste unterdrückt zu werden, und gerade die deutsche Wissenschaft sei es, mit der wir kämpfen müßten gegen die fremde Nationalität; das sei der wahre Humanismus,

wo der Geist dem Geiste gegenübersteht, nicht die Brutalität der Brutalität. Eben so wichtig waren die rein materiellen Gründe des Redners für seinen Antrag: „Wien ist jetzt ohne Universität, aber es braucht eine — bemächtigen Sie sich dieses Bedürfnisses! Seine freie Jugend ist ohne freie Lehrer — füllen Sie uns diese Lücke aus! Es existirt bereits in Wien ein Komité von Studenten zur Gründung einer neuen Universität, das vom Ministerium selbst unterstützt wird — verbinden Sie Ihre Absichten mit den Absichten der Aula! Setzen Sie Ihre Hoffnung auf Wien, in Wien finden Sie für die freie, die demokratische Wissenschaft eine demokratische Jugend, einen demokratischen Reichstag, ein demokratisches Ministerium!" Fast alle Redner erklärten sich mit Freuden für den Antrag des Wiener Abgeordneten, nur Wenige machten dagegen geltend, das politisch bewegte Wien sei kein Boden für die Wissenschaft und schlugen statt dessen Nürnberg vor. Karl Grün widerlegte diesen Einwand: „Gerade auf einem politischen, historischen Boden muß die Wissenschaft Wurzel fassen; der historische Boden ist heutzutage aber der revolutionäre. Ein Parlament darf nicht, wie das Frankfurter, auf einem Quadratfüßchen stehen, sondern es muß eine große demokratische Bevölkerung hinter sich haben, wie das Berliner und Wiener — eben so muß die neue Universität von einer politisch regsamen Bevölkerung getragen werden und auf sie unmittelbar einwirken. Daß der Gedanke in die Wirklichkeit, der Denker auf die Barrikade steigt, das ist der große Vortheil, den uns keine Stadt, so wie Wien bieten kann; denn dies philosophische Verständniß der Barrikade ist das, daß sie die wahre Praxis der Konstruktion der Kategorie ist." Grün trug deshalb darauf an, der Ausschuß solle mit dem Ministerium, dem Magistrat und der Aula in Wien in Unterhandlung treten in Betreff der Geld- und der Unabhängigkeitsfrage. Dieser Antrag wurde fast einstimmig angenommen. Eventuell, wenn diese Unterhandlungen zu Nichts führen sollten, wurden Frankfurt und Hamburg als die geeignetesten Orte bestimmt. Damit hat das Unternehmen, eine neue freie Universität zu stiften, erst eine Möglichkeit erhalten, und es ist vorauszusetzen, daß diese zur Wirklichkeit werden wird, da Wien, das berauscht ist durch den ersten Genuß am freien Deutschthume und an der der deutschen Freiheit, leicht bedeutende Mittel und eifrige Theilnahme dazu bieten wird. Das Ministerium selbst muß, wenn es irgend politisch ist, seine Hand dazu bieten, denn wenn die Hörsäle der Aula durch neue anziehende Lehrer gefüllt werden, werden die Klubbs und die Wachtstuben bald leerer werden, und wenn die thatendürstigen Jünglinge Ideen konstruiren lernen, werden sie besonnener werden im Barrikadenbauen. Zugleich aber ist das Unternehmen dadurch von unabsehbarer Bedeutung für die Entwickelung Deutschlands geworden: die Wissenschaft, die bis jetzt der Norden und der Westen allein erzeugt und gekannt hat, schlägt jetzt ihren ersten freien Sitz da auf, wo sie eine noch ganz fremde ist, wo aber der regsame Charakter des Volkes, der so viele verrottete Vorurtheile in diesem Frühjahr wie verdorrte Blätter durch frische Knospen plötzlich von sich geworfen hat, ihr eine Empfänglichkeit entgegen bringt, die ihren Einfluß nicht berechnen läßt. — Die Berathung ging nun fort an § 4: Die Aufgabe des akademischen Lehrers. Auch hier erregten wieder die transcendenten Begriffe, wie „Genius", „wissenschaftliches Zeitbewußtsein", „positiver Begriff" u. s. w. eine Opposition, welche es durchsetzte, daß der Paragraph ebenfalls ganz gestrichen wurde, da die Aufgabe des Lehrers, so wie die Entscheidung, ob er sie erfülle, sich in dem Bestehen der Anstalt durch die Ausübung selbst herausstellen würde und nicht durch ein Dogma festgehalten werden dürfe, an das man sich später als an ein Aeußerliches vielleicht anklammern könnte, um seinen eigenen Inhalt, die Freiheit, zu vernichten. — § 5 handelte von der Berufung der akademischen Lehrer. Die Debatte dehnte sich über diesen Punkt so weit aus, daß sie um 8 Uhr vertagt wurde. Das Resultat in unserm morgigen Berichte. — Den Abend blieben die Mitglieder des Kongresses beisammen, um in heiterer „ästhetischer" Weise den Geburtstag Göthe's zu feiern, an den man hier wohl noch in keinem Jahre so wenig gedacht hat, als in der politisch bewegten Zeit. Lieder und Deklamationen wechselten ab. Karl Grün brachte einen Toast aus, indem er an den Zweck des Kongresses die Bedeutung Göthe's anknüpfte. Es sei unsere Aufgabe, sagte er, von der Schule in das Leben, von dem Philosophismus in die Praxis überzugehen; die Wahrheit müsse nicht mehr eine abstrakte, sondern eine konkrete, nicht mehr eine bloß gedachte, sondern die wirkliche sein. Das sei der Unterschied zwischen der Bedeutung Hegel's und Göthe's, den letzterer selbst so tief begriffen, als er dem befreundeten Hegel einen Becher mit der Inschrift schenkte: „Das Urphänomen dem Absoluten."" Das Urphänomen, die Wahrheit der Wirklichkeit sei der Inhalt der neuen Akademie, Göthe sei ihr Schutzgeist!

Frankfurt a. M., 29. August. [Adresse an Radetzky.] Eine große Anzahl der österreichischen Abgeordneten bei der deutschen Nationalversammlung haben an Feldmarschall Radetzky folgende Adresse erlassen: „Hochverehrter Herr Feldmarschall! Die unter Ihrem Oberbefehle so rasch und so glänzend vollführten Waffenthaten der österreichischen Armee haben selbst die Gegner Oesterreichs mit Staunen und Bewunderung erfüllt. Einstimmig ist die Anerkennung, die man in ganz Deutschland der hohen Kriegserfahrenheit des österreichischen Heerführers, so wie dem Heldenmuthe, der Streitbarkeit und Ausdauer des österreichischen Heeres, zollt. Groß ist die Zuversicht, mit der Deutschland von neuem für den Fall des Krieges auf die österreichischen Waffen blickt und mit Recht blicken kann. Wir österreichische Abgeordnete, als Mitglieder der deutschen konstituirenden Nationalversammlung berufen, an dem Werke der deutschen Einheit, Kraft und Größe, als einem Werke des Friedens, thätig mitzuwirken, haben hier im Kreise so vieler hochgeachteter Männer aus allen Gauen Deutschlands die Erfolge Ihrer Heldenthaten stets mit jenem besonderen Selbstgefühle vernommen, das jeden Patrioten dann durchdringt, wenn er die Waffen seines Vaterlandes siegreich aus dem Kampfe hervorgehen sieht und zugleich die Ueberzeugung gewinnt, daß sie auch von seinen Freunden hochgeachtet werden. Dies doppelte Gefühl der Freude und des Selbstvertrauens drängt uns, als Oesterreicher, als Angehörige des großen deutschen Vaterlandes und als Volksvertreter der deutsch-österreichischen Landestheile, Ihnen, Herr Feldmarschall, und der unter Ihren Befehlen stehenden tapferen Armee unsere herzliche Theilnahme, Anerkennung und Bewunderung auszusprechen und zum Beweise dessen Ihnen diese Adresse darzubringen. Frankfurt a. M., den 21. Aug. 1848." General von Radowitz setzte eigenhändig folgende bedeutende Worte bei: „Den in vorstehenden Worten ausgesprochenen Empfindungen unserer österreichischen Brüder in der deutschen Nationalversammlung treten auch wir, Abgeordnete anderer deutschen Lande, in vollster Anerkennung der Heldenthaten des österreichischen Heeres und seines ruhmwürdigen Führers mit Freuden bei. An den kaiserl. Feldmarschall Grafen von Radetzky und an die unter seinem Befehle stehende kaiserl. österreichische Armee." Eine sehr große Anzahl anderer deutscher Deputirten hat diese Adresse unaufgefordert mitunterschrieben. (O. P. A. Z.)

Frankfurt a. M., 30. August. [Der Militär-Ausschuß.] Eine der betrübendsten Erscheinungen in der Bildung einer gediegenen Verfassung, ist die übereilte und unbefriedigende Zusammensetzung der Ausschüsse. Ich will nicht von der Marine sprechen (zu der nebenbei gesagt, erst 68,000 Gulden laut Gagerns Erklärung zusammen sind), wo Leute sitzen, die nie ein Schiff gesehen — weil die ganze Marine-Angelegenheit noch als Embryo schlummert: wohl aber muß ich lebhafter bedauern, daß der so höchst wichtige Ausschuß für Heerwesen und Volksbewaffnung nicht zweckmäßiger besetzt ist. Man weiß sowohl in Frankfurt als in ganz Deutschland, daß gerade jede militärische Frage alle Parteien aufwühlt, daß gerade sie die Initiativ-Frage für Preußen und Oesterreich werden wird, und nun blicke man auf die dürftige Zusammensetzung, die freilich anfangs beliebt wurde, und nun nicht recht umzugestalten geht. Mitglieder dieses höchst wichtigen Ausschusses, die im Sarrasin'schen Hause debattiren, sind von preußischen Militärs unter v. Auerswald's Vorstand und v. Mayerns Vertretung: die Lieutenants Bock, v. Boddien, v. Schleussing und Major Teichert; von der Hauptmasse der Infanterie also kein Vertreter. Oberst Stavenhagen, der bis jetzt die Seele des Ausschusses war, wird oder ist Unterstaatssekretär geworden, also wahrscheinlich in Zukunft nicht mehr recht wirksam. Von Oesterreich sind Militärs dabei: Oberst v. Mayern, Hauptmann Möhring; und von Civilisten, die zum Theil der äußersten Linken angehören (wie Reh v. Darmstadt und Dr. Schilling von Wien) gehören dazu 7 Personen, theils Gutsbesitzer, theils Rechtsgelehrte, incl. dem Min. v. Schmerling. Unter diesen 15 Personen ist der Oberst Stavenhagen, dessen fernere Wirksamkeit zweifelhaft bleibt, der Begabteste, aber ohne genügende Unterstützung nicht im Stande ein so großes Feld ersprießlich zu bearbeiten. Zudem hat der Ausschuß den großen Fehler, nur preußische und österreichische Offiziere zu zählen, und den geistreichsten Offizier des ganzen Parlaments, den Herrn v. Radowitz nicht zu besitzen. — So eben ist nun vom Ausschuß die höchst wichtige Frage über die Zusammensetzung und Natur des deutschen Volksheeres erledigt und zusammengestellt worden, doch für jetzt noch Geheimniß. Ich kann Ihnen nur andeuten, daß das preußische Landwehrsystem die eigentliche Grundlage bildet, so daß etwa die Infanterie 6 Monate von den Stammleuten ausgebildet wird, dann aber 5 Jahre lang in Pausen wieder zum Dienst herangezogen werden kann. Artillerie, Kavallerie rc. dienen länger. Das Avancementsprinzip durch Anciennetät ist beibehalten, doch ausnahmsweise (!) Beförderung durch 2maligen Vorschlag des betreffenden Offiziercorps noch möglich. Die Festungen stehen speziell unter den resp. Staaten, doch behält sich die Reichsgewalt die „Oberleitung" vor — ein prekärer Ausdruck! Die Kosten für die Bundesfesten sind gemeinschaftlich rc. rc. — — Da die Festungsfrage unter die bedeutendsten gehört, so können Sie sich wohl denken, wie die guten Leute sich den Kopf zerbrochen haben. Geht der Vorschlag durch, so würden die meisten inneren Festungen eingehen, weil einige speziell gegen deutsche Länder gerichtet sind, z. B. gewisse schlesische. Wird und kann dies Preußen zugeben? nein — es wird sie auf eigene Kosten unterhalten. Solche und ähnliche Inkonsequenzen herrschen überall vor; kurz ich kann kein trostreiches Bild über den Militärausschuß mitbringen, wie denn das ganze Parlament in den Ausschüssen einer freiwilligen Reorganisation bedarf.

[Vereinigung deutscher Regierungen.] Wie unlängst die Darmst. Ztg. aus Oberhessen, so berichtet nun auch die Kass. Allg. Ztg.: „Mit Hinsicht auf die erstrebte Einheit Deutschlands ist die Verschmelzung gewisser allen Theilstaaten unumgänglichen Anstalten und Einrichtungen, insofern solche ihrem Zwecke unbeschadet bewirkt werden kann, ein höchst erfreuliches Kennzeichen für den Ernst dieser Bestrebungen. Somit hören wir denn zu unserer großen Befriedigung, daß zwischen den Regierungen von Kassel und Darmstadt Unterhandlungen angeknüpft sind, welche die Vereinigigung der beiderseitigen höhern Lehr-Anstalten bezwecken, als: der Schullehrer-Seminarien, der höhern Forst-Lehr-Anstalten und Realschulen, sowie endlich der beiden Landes-Universitäten Marburg und Gießen. Die Vereinigung dieser beiden Hochschulen dürfte um so weniger Schwierigkeiten begegnen, da beide Städte fast im Mittelpunkte beider Hessen liegen, es sich demnach nur um die Wahl der einen oder der anderen handelt. Auch in diesem Punkte soll bereits einer Uebereinkunft der Weg angebahnt sein, indem man sich von Seiten der großherzoglichen Regierung geneigt bezeigt, Marburg den Vorzug einzuräumen.

München, 27. August. Der Landbote berichtet, Se. Majestät der König habe den Entschluß gefaßt, eine Verminderung des Hofstaates eintreten zu lassen. — Demselben Blatte zufolge soll in München eine ständige Hauptwache für die Landwehr und die Freicorps errichtet werden.

Dresden, 29. Aug. [Der erste deutsche Anwalttag] hat in seiner heutigen Schlußsitzung Berlin zum nächsten Versammlungsort bestimmt, und dürfte vielleicht der nächste Anwalttag zu Ende des Winters 1848—49 noch vor Ostern statthaben. Zu Mitgliedern des leitenden Comité des allgemeinen deutschen Anwaltvereins wurden gewählt die Herren Gebhardt und Gall aus Berlin, Schmalz, Beschorner und Fleck aus Dresden. Für die Charakteristik des ersten Anwalttags, der aber, beiläufig gesagt, nach dem Ausspruche des Präsidenten zunächst nur die Bedeutung einer Vorversammlung haben soll, dürften als statistische Notizen interessiren, daß im Ganzen 147 Anwalte beisammen waren; vertreten waren 24 sächsische Städte mit 113 Abgeordneten, nichtsächsische Städte waren 18 durch 34 Anwalte vertreten, wozu Berlin 10, Breslau 4, Gotha 3, Frankfurt a. d. O. 2 und die übrigen je 1 gesendet hatten. Unvertreten waren ganz Süddeutschland und die Rheinlande, was von der Versammlung sehr bedauert wurde, seinen Grund aber nicht, wie aus den an die Versammlung erlassenen Zuschriften erhellte, in einer Gleichgültigkeit gegen die Sache und die Idee hatte, sondern in äußern theils lokalen Umständen, theils in den politischen Bewegungen der Gegenwart. (D. A. Z.)

Dessau, 29. August. [Landtag.] Die heutige 14. Sitzung, eine der interessantesten und gediegensten, die bisher stattgefunden, wurde ganz mit der Berathung des Kommissionsberichtes über die bei § 13 angeregte Frage wegen Entschädigung unschuldig Verhafteter ausgefüllt. Unter Anderem beschloß die Versammlung: Dem gesetzmäßig Verhafteten muß bei erfolgter Freisprechung (Nichtschuldigerklärung) wegen der Verhaftung eine angemessene Entschädigung vom Staate geleistet werden.

Hamburg, 30. August. [Deutsche Flotte.] Die Zeichnungen und Sammlungen für die deutsche Flotte haben in Hamburg über 100,000 Rthl. preuß. ergeben. Die am 6. Mai zusammengetretenen Comité's (außer den beiden bereits genannten die Herren Roß-Vidal und Woldsen) begann sofort noch vor dem Zusammentreten des deutschen Marine-Congresses in Hamburg ihre Arbeiten und versäumte nicht, sich mit Frankfurt in Verbindung zu setzen, von wo sie noch durch den Bundestag später die Mittel zum Ankauf der Dampfschiffe erhielt. — Was diese Comité's geleistet, liegt seit einigen Wochen Hiesigen und Fremden zur öffentlichen Prüfung vor Augen. Es sind in drei Monaten trotz der Blockade fertig geschafft: Eine Fregatte, „Deutschland," von 34 Kanonen (14 halblangen Zweiunddreißigpfündern und 20 Achtzehnpfündern). Eine Corvette, „Franklin," von 12 Kanonen (halblangen Zwölfpfündern). — Drei Dampfböte, „Hamburg," „Lübeck," „Bremen," jedes von 160 Pferdekraft und mit einem langen Sechsundfünfzigpfünder und vier Zweiunddreißigpfündern. Das Kanonenboot „St. Pauli" (von der patriotischen Vorstadt St. Pauli erbaut, mit zwei langen Zweiunddreißigpfündern.) (Börsen-Halle.)

Schleswig-Holstein'sche Angelegenheiten.

Altona, 30. August. Durch gütige Privatmittheilung sind wir in den Stand gesetzt, folgende authentische Notizen über die vom General von Below vorgelegten (und wahrscheinlich wenigstens theilweise angenommenen) Waffenstillstandsbedingungen zu veröffentlichen: In Schleswig-Holstein bleibt das ungetrennte schleswig-holsteinsche Heer nebst 2000 Mann Preußen zurück. Die Dänen hatten die Trennung der schleswigschen Soldaten von den holsteinischen gefordert, scheinen aber nur das Zugeständniß erlangt zu haben, daß, wenn die Schleswiger die Beurlaubung der geborenen Schleswiger (meist ältere Kavalleristen und Artilleristen) forderten, diese bewilligt werden sollte. — Die neuen Regierungsmitglieder sollen von der jetzigen provisorischen Regierung vorgeschlagen, von der Centralgewalt ohne Weiteres genehmigt und von Friedrich VII., als Herzog von Schleswig-Holstein, bestätigt werden. Prinz Ferdinand wird keinen Antheil an der Regierung nehmen. — Die augustenburger Prinzen erhalten vollen Ersatz für ihr beschädigtes und weggeführtes Privateigenthum.— Ein deutscher Bundesgeneral über-

nimmt den Oberbefehl über die in Schleswig-Holstein verbleibenden Truppen. — Die Hannoveraner sollen nach Hamburg verlegt werden. — **Alle der Souveränetät und Würde des Herzogs widerstreitenden Verordnungen und Maßregeln der provisorischen Regierung werden außer Kraft gesetzt.** — Der Zuzug der süddeutschen Truppen ist noch nicht sistirt. Heute um 7½ Uhr ist schon ein Bataillon des achten würtembergischen Infanterie-Regiments angelangt. Vom Norden her kam wieder ein Krankentransport. Auch Max v. Gagern kam mit dem gestrigen Abendzuge auf der Rückreise nach Frankfurt a. M. hier an. Herr Welcker geht nur auf kurze Zeit nach Schweden; er reist morgen Nachmittags 5 Uhr über Ystad dahin ab.

[Der 7monatliche Waffenstillstand mit Dänemark.] Wir haben in der gestrigen Breslauer Zeitung in einer Note ausgesprochen, daß, wenn nicht ein ehrenvoller Friede diesem Waffenstillstande folgt, sondern der Kampf wieder beginnt, das winzige Dänemark das große Deutschland abermals in den April geschickt hat. Das neueste „Breslauer Handelsblatt" giebt hierzu folgenden Kommentar: „Warum grade ein siebenmonatlicher, warum nicht ein sechswöchentlicher, warum nicht drei, vier, fünf Monate? Die Auflösung dieser Räthselfrage liegt sehr nahe. Unserer Meinung nach hat sich die preußische Diplomatie, wo es galt, Errungenschaften endlich einmal für den preußischen Handel zu erlangen, auch diesmal wieder übertölpeln lassen. Eine Klage, die wir in diesen Blättern leider nur schon zu oft haben ertönen lassen müssen. Es liegen hier zwei einfache Thatsachen vor, man will mit Dänemark Frieden schließen, und zwar einen ehrenvollen, worin für die beiden deutschen Provinzen im Sinne der deutschen Forderungen gesorgt, und unsere Ostseeprovinzen vom vernichtenden Sundzoll befreit worden wären, oder man wollte, um selben solider, kostenloser bearbeiten zu können, einen Waffenstillstand als Vorläufer schließen und hierzu war wahrlich nicht mehr, als Radetzky und Karl Albert sich vorbedungen, 6 Wochen Zeit nöthig. Was hat aber die preußische, oder wenn man will, deutsche Diplomatie, mit einem 7monatlichen Waffenstillstande sich vergeben? ganz einfach, **die Möglichkeit von Dänemark jemals für Deutschland günstige Friedens-Bedingungen zu erhalten.** Während der Wintermonate, das weiß jeder Schulknabe, sind die Belte fest, eine deutsche Kriegsmacht kann dann über Fünen, Laaland bis Seeland nnd somit unter die Mauern Kopenhagens vordringen, dies befürchtete Dänemark, **und wäre der Waffenstillstand etwa im Dezember zu Ende gewesen, so hätte sich dieses Ländchen beeilen müssen, den Frieden unter jeder Bedingung abzuschließen; dies fürchtete man in Kopenhagen und daher dieser lange Waffenstillstand.** Dieser angedeuteten Gefahr nun haben die schlauen englischen und russischen Diplomaten, die Dänemark theilnehmend zur Seite standen, dieses Land geschickt entzogen, sie haben einen Waffenstillstand auf **sieben Monate, also bis Ende März, geschlossen, wodurch sie für diese Zeit Dänemark von jedweder Gefahr befreit haben.** Deutschlands Mittel, eine Flotte, die der dänischen nur im Mindesten die Stirne bieten könnte, herzustellen, sind so gering, daß vorauszusehen ist, zum Beginn des Frühjahres, **wenn das Eis der Belte keine Uebergangssicherheit mehr bietet, man genau wieder da anfangen wird, wo man jetzt unter Heranziehung von 20,000 Mann frischer Bundestruppen aufgehört hat. Nächstes Frühjahr haben wir, wenn Dänemark auf ehrenvolle Friedens-Bedingungen während der Zeit des 7monatlichen Waffenstillstandes nicht eingeht, für unseren Handel dieselben Nachtheile, die ihn seit 5 Monaten beläſtigt, untergraben, ja zum großen Theil vernichtet haben, und somit erscheint dieser Waffenstillstand als ein Akt diplomatischer Rücksichtslosigkeit und Verkennung aller Volksinteressen.** Doch wir sind es gewohnt, den preußischen Handelsstand von jener Seite immer, wenn nicht beeinträchtigt, doch vernachläßigt zu sehen, wir erinnern an Bunsen, der es bisher immer noch vorgezogen, lieber Betstunden als den preußischen Handel in London zu begünstigen, wir erinnern an Kanitz, der uns mit einem Federstrich Krakau verloren machte."

Oesterreich.

* **Wien,** 31. August. [Die Robotfrage entschieden.] Die heutige Sitzung des Reichstages brachte endlich die Robotfrage in den Hauptpunkten zur Entscheidung. Schon seit mehreren Tagen hatte man diesem Momente mit Furcht und Hoffnung entgegengesehen. Ich melde Ihnen das Haupt-Resultat in Kürze. Die Punkte des Lasserischen Antrags: 1) die **Unterthänigkeit und das schutzobrigkeitliche Verhältniß ist sammt allen diese Verhältnisse normirenden Gesetzen aufgehoben, 2) Grund und Boden ist zu entlasten, alle Unterschiede zwischen Dominikal- und Rustikalgründen werden aufgehoben — wurde einhellig angenommen.** — Der Antrag Kautschisch's **„für einige Lasten soll keine, für andere soll eine Entschädigung geleistet werden" — wurde einhellig angenommen.** — Es ist nur anzuerkennen, daß unser Reichstag diese wichtigste aller socialen Fragen der Gegenwart schon in den ersten Wochen seines Zusammenseins zur Verhandlung und Beschlußfassung gebracht hat. In Berlin scheint man noch immer um die eigentlich praktischen Fragen vorsichtig herumzugehen und es scheint den dortigen Abgeordneten in der That der Muth zu fehlen, das bedeutungsvollste Blatt in der Geschichte der preußischen National-Versammlung zu schreiben.

§§ **Pesth,** 29. August. [Fast Unglaublich.] Eine Aufregung, wie sie seit dem März hier nicht zu bemerken war, hat sich jetzt der Gemüther in Folge eines neuentdeckten Verraths bemächtigt, welcher einen schaudererregenden Blick in die teuflische Werkstätte der Kamarilla thun läßt. Man wird in Europa über solche Scheußlichkeit die Hände zusammenschlagen. Die österreichischen Stabsoffiziere, welche die ungarischen Streitkräfte auf dem Kriegsschauplatze im Banat befehligen, haben nämlich nicht nur bei jeder Gelegenheit durch falsches Kommando in den entscheidenden Momenten die ungarische Sache verrathen, sondern auch, wie es jetzt erwiesen, den Kriegern blinde Patronen verabfolgen lassen. Ein gemeiner Husar und ein Rittmeister, welche endlich auf die Sache kamen, machten dem hiesigen Ministerium die Anzeige, und die Untersuchung ergab die volle Wahrheit derselben. Also wurden die Ungarn wehrlos den Feuerschlünden eines erbitterten Feindes entgegengeführt, und jetzt begreift man erst das Wunder, warum sie diesem oft nach 12stündigen Feuern nicht den geringsten Schaden zugefügt. Die Minister Batthyany und Deak sind gestern nach Wien gereist, um dem König solche Schändlichkeit zu enthüllen. Die gestrige Sitzung des Unterhauses war natürlich eine sehr aufgeregte. Der Minister Kossuth wurde interpellirt, er erbat sich nur noch zwei Tage, binnen welchen das Verhältniß zwischen Ungarn uud Oesterreich zur Entscheidung kommen muß. Mit seinem alten Tribunengrimm donnerte er wieder gegen die Reaktion, Ungarn werde sich bis zum letzten Blutstropfen vertheidigen u. s. w. Jedenfalls muß sich das Geschick Ungarns in diesen Tagen entscheiden, und mag Ungarn jetzt wieder das Opfer seiner Leichtgläubigkeit werden, so wird es bei erneuter Gelegenheit nur um so furchtbarer auferstehen. Eine Menge von Einzelnheiten kommen jetzt ans Tageslicht. Der Major Baron Nefzern wurde beim Angriff auf St. Thomas von seinen eigenen Soldaten durchbohrt, indem ihnen die Verrätherei seiner Befehle handgreiflich ward.

Nachschrift. Nach der Aussage des erwähnten Husaren haben die Offiziere die Gemeinen dahin bearbeitet, gegen die Raitzen blind zu schießen, sobald aber die Croaten erscheinen, mit diesen gemeinschaftliche Sache gegen Ungarn zu machen. 70 gemeine Husaren haben beschlossen, den Verrath dem hiesigen Ministerium anzuzeigen, aber bis jetzt ist nur Einem die Flucht gelungen. Den letzten Nachrichten vom Kriegsschauplatze zufolge haben die Raitzen Alt-Moldova genommen, dagegen Weißkirchen vergebens angegriffen. Ein neuer allgemeiner Sturm auf St. Thomas war auf gestern unter Anführung des Kriegsministers Meßaros selbst bestimmt. Ueber den Erfolg können hier erst morgen Nachrichten eintreffen.

* [Italienischer Kriegsschauplatz.] Nach den heutigen Nachrichten aus Mailand v. 27. nichts Neues. Garibaldi ist an die Schweizer Grenze versprengt. Seine Bande ist zerstreut. Aus Venedig segelten am 27. drei sardinische Kriegsschiffe nach Korfu ab. Die ganze Flotte geht am 31. und 1. vollends ab.

Italien.

Turin, 19. August. [Das Ministerium verlangt Frankreichs bewaffnete Einschreitung. — Revolution in Rom.] Das Ministerium hat ein Manifest erlassen, worin es erklärt, wie es die Konvention von Mailand vom 9. August für null und nichtig erklärt, die Anklagestellung einer Anzahl höherer Offiziere verlangt und Frankreichs bewaffnete Einschreitung, nicht bloß seine Vermittelung, nachgesucht habe.

Die Opinione von Turin vom 24. August berichtet (was freilich noch sehr der Bestätigung bedarf), daß eine neue Revolution zu Rom ausgebrochen, daß drei Kardinäle erdolcht worden und die andern sich nach Civita-Vecchia geflüchtet, von wo sie mit einem englischen Dampfschiffe nach Malta sich begeben hätten. Diese traurige Nachricht war mit dem Dampfschiffe Arno von Civita-Vecchia nach Genua gekommen. Der Herzog von Genua soll definitiv die sicilianische Krone ausgeschlagen haben. Aus Sicilien hört man noch nichts Befriedigendes. Zu Palermo rüstet man sich stark zur Vertheidigung. Die Neapolitaner suchen Messina zu gewinnen, indem sie der Stadt versprechen, daß sie in Zukunft die Hauptstadt bilden solle.

Donau-Fürstenthümer.

⊙ **Bukarest,** 16. Aug. [Zustände.] Eben von einer Reise in die Moldau zurückgekehrt, beeile ich mich, Ihnen Einiges über den dortigen Stand der Dinge mitzutheilen. Das 4000 Mann starke russische Armeekorps, welches den Kopo bei Jassy besetzt hat, befindet sich noch da und macht keine Anstalten, sich bald zurückziehen zu wollen; wir haben im Gegentheile Grund zu glauben, daß Rußland, trotz wiederholter Proteste von Seiten der hohen Pforte seine bewaffnete Macht nicht so bald aus der Moldau abberufen wird. Das Hauptquartier bei Berlat ist bis auf 8000 Mann vermindert worden, so daß sich jetzt nur 12,000 Mann russische Truppen in den Fürstenthümern befinden; wenn man aber bedenkt, was das Land diesen Sommer durch trockene Witterung, durch die Heuschrecken und durch die Cholera gelitten hat, und wie jetzt, Bauern und Gutsbesitzer, ja sogar Kouriere und Reisende von den mit Knuten, Piken und Feuerbränden bewaffneten Kosakenhorden ausgeplündert und mißhandelt werden, so kann man sich leicht einen Begriff von dem traurigen Zustande der Moldau machen. Viele Gutsbesitzer haben ihren Vorrath von Proviant selbst in Brand gesteckt, um ihn nicht in die Hände der Russen fallen zu lassen, da man entdeckt hat, daß diese raubsüchtigen Gäste das in der Provinz gestohlene Getreide in Jassy und Berlat verkaufen. (Man sagt sogar, daß Fürst Michael Stourdza selbst nicht verschmähe, den größtmöglichsten Vortheil aus der allgemeinen Verwirrung zu ziehen.) Die ganze Bevölkerung murrt einstimmig gegen den Fürsten, den sie als den Urheber ihres Unglückes betrachtet, und dieser Letztere sucht sich durch Aufreizung der Bauern gegen die Bojaren Ruhe zu verschaffen. Das revolutionäre Comité, das sich in Czernowitz befindet, arbeitet unaufhaltsam daran, eine Volksbewegung gegen die bestehende Regierung vorzubereiten, die aber, so lange die russische Armee den Fürsten beschützt, nicht gelingen kann. Auf der andern Seite wird die russische Armee selbst, unter der sich viele Polen befinden, von polnischen Emissären bearbeitet, die ihren Landsleuten die Mittel zur Desertion an die Hand geben. Obgleich man zwei von ihnen entdeckt und erschossen hat, so kommen dennoch täglich Desertionen vor und es hat sich schon ein Häuflein von 500 entschlossenen Patrioten in den Karpathen versammelt, die nur einen günstigen Augenblick abwarten, um sich der in den umliegenden Provinzen vorbereitenden Polenverschwörung anzuschließen. Die Offiziere, welche fast Alle Deutsche oder Polen sind, sprechen unverhohlen ihre Unzufriedenheit mit der bestehenden Lage der Dinge in Rußland aus und sie versichern, daß derselbe Geist in der ganzen russischen Armee herrscht. Die türkische Truppenmacht in Galatz beläuft sich auf 8000 Mann, die aber weit entfernt, dem Lande Schaden zuzufügen, alles, was man ihnen liefert, mit baarem Gelde bezahlen. Hier in Bukarest hat sich die Lage der Dinge aufgeheitert. An die Stelle der aufgelösten provisorischen Regierung ist eine „fürstliche Statthalterschaft", aus drei Mitgliedern, den Herren N. Golesco, Eliad und General Tell bestehend, getreten, die auch am 13. August offiziell von der Pforte als rechtmäßige Regierung der Wallachei anerkannt worden ist. Heute hat der großbritannische General-Konsul der Statthalterschaft seine offizielle Aufwartung gemacht. Seine Glückwünschungsadresse, welche er an dieselbe richtete, wurde von Seiten der Letzteren durch Herrn Eliad beantwortet. Ein dreimaliges Lebehoch wurde der englischen Nation und deren Stellvertreter gebracht, worauf die anwesende Staabskapelle das God save the Queen und den wallachischen National-Marsch spielte. Alle Konsulate haben von Suleyman Pascha offizielle Nachricht von der Anerkennung der Statthalterschaft Seitens der hohen Pforte empfangen und es ist zu hoffen, daß auch die andern Vertreter der europäischen Mächte bald dem Beispiel des großbritannischen General-Kosuls folgen werden, welches nicht wenig dazu beitragen möchte, das Vertrauen und die Beruhigung in den Gemüthern des Volkes wieder herzustellen und die bestehende Regierung gegen die Machinationen der aristokratisch-reaktionären Partei zu stärken. Suleyman Pascha, der sich noch in Giurgewo befindet, hat der ottomanischen Regierung anempfohlen, Befehl für den Rückmarsch der türkischen Truppen zu geben. Er selbst wird in 2 Tagen hier eintreffen und sich nach kurzem Aufenthalte nach Jassy begeben. Privatnachrichten zufolge wird die Pforte die Verfassung der Wallachei unter Modifikation von 4 Artikeln, betreffend die Besitzthümer der griechischen Klöster, die Regierungsdauer des Fürsten, die Wahlrechte des Volkes und die Modifikation des Preßgesetzes, annehmen. Eine Deputation, aus 5 Mitgliedern bestehend, ist gestern Abend nach Konstantinopel abgereist, um dem Sultan eine Dankadresse des Volkes zu überreichen. Suleyman Pascha hat derselben eine Eskorte und Empfehlungsschreiben an Reschid Pascha mitgegeben.

(Fortsetzung in der Beilage.)

Mit einer Beilage.

Beilage zu № 205 der Breslauer Zeitung.

Sonnabend den 2. September 1848.

(Fortsetzung.)

** Die Gaceta Norodowa theilt Folgendes aus einem vom 24. August aus Jassy eingegangenen Schreiben mit: „Die Russen werden noch über den ganzen Winter hier bleiben, und es werden ihrer noch 40,000 erwartet. Es kommen hier erschütternde Scenen vor. Die Russen haben die schönsten Paläste der Bojaren in Besitz genommen, und darin Spitäler für das Heer eingerichtet; sie sammeln ungeheure Getreidevorräthe an; sie schicken Kommissäre auf alle Dörfer, welche Getreide, Holz, Heu, Butter 2c. entreißen, keine Rücksicht darauf nehmend, zu welcher Nation diejenigen gehören, welche sie berauben, und wenn sie auch unter dem Schutze einer andern Macht stehen. Das Land leidet sehr darunter und verarmt, nur die Anhänger des Fürsten Sturdza bleiben von den Räubereien verschont. Es heißt allgemein, daß Rußland der Türkei den Krieg erklärt habe, weil sie die Restitution in der Wallachei zugegeben hat. Aus den sich widersprechenden Gerüchten ist es schwer die Wahrheit herauszufinden; man sagt, daß 40,000 Türken auf dem Wege nach Jassy sind, um die Russen herauszutreiben.

Schweiz.

Aus der Schweiz, 24. August. [Bundes-Verfassung. Flüchtlinge.] Laut den bis heute eingelangten Nachrichten haben bereits zwölf Kantone die neue Bundesverfassung angenommen. — Aus Graubündten vernimmt man, daß dieser Kanton fortwährend ein wahres Heerlager der buntscheckigsten Art von italienischen Flüchtlingen bildet. Man sieht blaue, gelbe, rothe, hell- und dunkelgrüne Uniformen, Reiter und Fußvolk, einige mit Gold- und Silbergewand, andere zerlumpt. In Thusis lagerte letzter Tage ein Trupp von 1400 Mann, eine andere Kolonne von Stelvio her langte, 1000 Mann stark, in Zernetz an, von wo aus sie sich theilen. Nach Chur verirren sich meist nur kleinere Schaaren, oder Vereinzelte aus der Creme; auch einen weiblichen Dragoner will man bemerkt haben. Den Bündtnerschen Behörden gebührt das Lob, daß für die nöthige Unterbringung und Verpflegung der unglücklichen Gäste nach besten Kräften gesorgt wird. Der Durchzug solcher Flüchtlinge dauert noch immer fort; in der Nacht vom Sonnabend auf den Sonntag sind wiederum in Domleschg und Thusis 1500 Mann einquartiert worden. (D.-P.-A.-Z.)

Frankreich.

Paris, 28. Aug. [Nationalversammlung. Sitzung vom 28sten.] Die Sitzung wird durch den Vicepräsidenten Lacrosse eröffnet. A. Marrast läßt seine Abwesenheit durch Erkrankung entschuldigen. An der Tagesordnung ist Lamennai's Verlangen, daß wegen eines angeschuldigten Artikels im Peuple constituant gerichtliche Verfolgungen gegen ihn und nicht gegen den Geranten des Blattes eingeleitet werden mögen. Da Lamennais noch nicht anwesend ist, so wird zur Diskussion über das Dekret wegen Organisation der Handels-Gerichte geschritten. Es ist kaum die Hälfte der Vertreter anwesend, dazu herrscht eine afrikanische Hitze im Saale, so daß die Debatte ziemlich schläfrig und mit nur geringer Aufmerksamkeit geführt wird. Ein Menge unbedeutender Amendements folgen und kreuzen sich, werden angenommen oder verworfen, ohne daß das Gesetz dadurch besser oder schlechter wird. Bei Postschluß sind die meisten Artikel angenommen und es soll über das Dekret im Ganzen abgestimmt werden.

[Italienische Angelegenheit.] Der Spectateur Republicain, Cavaignac's Spezial-Organ, giebt heute zu verstehen, Oesterreich suche die Negotiationen wegen Italiens in die Länge zu ziehen, um indessen theils alle seine disponibien Militärkräfte nach Italien zu schicken, theils Zeit zu gewinnen und mögliche günstige Ereignisse abzuwarten. Der Spectateur erklärt, daß Frankreich dieses Zauder-System in keinem Falle dulden werde. Es sei bereit, in Wien, in Mailand oder in Turin zu unterhandeln, mit Generalen oder Diplomaten als Bevollmächtigten, aber die Unterhandlung müsse rasch begonnen und ehrlich durchgeführt werden. Der innere Zustand Frankreichs erlaube keine Ungewißheit. **Wolle Oesterreich nicht rasch und aufrichtig handeln, so bleibe Frankreich nur der Krieg. Es habe ihn nicht herbeigerufen; es werde ihn freudig annehmen.** „Der Krieg," schließt der Artikel, „wird unsern inneren Zwistigkeiten ein Ende machen; er wird die Republik befestigen und vergrößern. Der Krieg wird der Republik ihre Erinnerungen, ihre Siege, ihre großen Männer geben, und nicht zum ersten Male wird der Fall eintreten, daß gerade die Feinde Frankreichs es mit Gewalt zwingen, sich in einen Kampf zu werfen, aus dem es nur stärker und ruhmvoller hervorgehen kann". — Dieser Artikel macht ungeheures Aufsehen, um so mehr, als man verbreitet, daß er aus Cavaignac's Feder geflossen ist.

[Die protestirenden Journalisten.] Die „Presse" enthält heute nähere Mittheilungen über die schon von uns erwähnte Versammlung, worin über die Schritte berathen wurde, welche zur Wiederherstellung der Preßfreiheit zu thun sein würden. Die meisten größeren Journale (J. d. Débats, Constitutionnel, National, Union, Siècle und Bien public) waren bei dieser Versammlung nicht erschienen. Die Redaktionen von 32 Journalen (wovon 12 nicht mehr erscheinende), vertreten durch 60 Journalisten, unterzeichneten die Protestation, die gestern durch eine Deputation dem General Cavaignac übergeben ward. Seine Unterredung mit der Deputation dauerte eine Stunde und seine letzte Erklärung war folgende: „Meine Herren! Indem ich die Journale suspendirte, deren Angriffe mir für die Begründung der Republik gefährlich schienen, glaubte ich eine Pflicht zu erfüllen. Sie, als Journalisten, thun die Ihrige, indem Sie gegen die Antastung der Preßfreiheit und der Rechte des Schriftstellers protestiren. Diese Protestation ist ein Schritt, der Sie ehrt, und ich würde im Interesse Ihrer Würde es nicht begriffen haben, wenn Sie ihn nicht gethan hätten; ja ich erwartete ihn." — Heute um 11 Uhr findet eine neue Versammlung der Journalisten statt, um sich über die ferneren Schritte zu berathen.

[Vermischtes.] Die Ruhe ist in Lille wieder hergestellt und nicht mehr gestört worden. — General Bedeau ist in vollkommener Rekonvalescenz und geht bereits auf Krücken in seinem Zimmer auf und ab. — Der talentvolle Maler Ary Scheffer hat das ihm für seine Tapferkeit in den Juni-Tagen verliehene Kommandeurkreuz der Ehrenlegion nicht angenommen. Auch die Artillerie-Legion der Nationalgarde, die sich am besten schlug, hat jede Belohnung zurückgewiesen. Mehrere Kompagnien der Nationalgarde fangen an, dieses Beispiel nachzuahmen und die Belohnungen für den Bürgerkrieg abzulehnen.

Belgien.

Brüssel, 29. August. [Verhaftung Louis Blanc's.] Der Messager de Gand meldet: „Vorgestern (Sonntag) Nachmittags wurde Herr Louis Blanc, französischer Volksrepräsentant, in Gent verhaftet, nachdem man ihn schon in mehreren Stadtvierteln gesehen hatte. Ein Polizeiagent war auf ihn aufmerksam gemacht worden und ersuchte ihn, seinen Namen und Stand anzugeben, worauf Louis Blanc sich sofort zu erkennen gab mit dem Bemerken, daß er mit keinen Legitimationspapieren versehen sei. Der Stadtsergeant führte ihn nach dem Büreau, wo ein Polizeikommissar ihn verhörte. Er erklärte, am Sonnabend Morgens 6 Uhr in Folge des Votums, welches zu seiner gerichtlichen Verfolgung autorisirte, die Nationalversammlung verlassen und sich zu einem Freunde begeben zu haben, um dort einen Protest gegen den gefaßten Beschluß zu entwerfen und dem Publikum anzuzeigen, daß er sich nur deshalb aus Frankreich entferne, um sich einer mehrmonatlichen Präventivhaft zu entziehen. Er habe Paris am Sonnabend Abend mit dem letzten Eisenbahnzuge verlassen, sei am Sonntag Morgen in Lille angelangt und von da im Laufe des Tages in Gent eingetroffen. Da Herr Louis Blanc mit keinem Papier versehen war, durch welches er sich über die Identität seiner Person ausweisen konnte, wurde er einstweilen nach dem Stadtgefängniß abgeführt, bis die höhere Behörde in Betreff seiner eine Entscheidung würde getroffen haben. Er protestirte gegen seine Verhaftung und erklärte, es sei seine Absicht gewesen, mit dem letzten Eisenbahnzuge nach Ostende abzureisen, um sich nach England zu begeben. Wie wir hören, begaben sich gestern früh mehrere Mitglieder des Advokatenstandes zu ihm, um sich zu seiner Verfügung zu stellen, falls er ihrer Dienste bedürfe. Die Indépendance berichtet in ähnlicher Weise über Louis Blancs Verhaftung und fügt dann hinzu: „Als die belgische Regierung gestern früh von diesem Vorfall unterrichtet wurde, ertheilte sie sogleich den Befehl, Herrn Louis Blanc in Freiheit zu setzen. Diese Entscheidung konnte nicht dem mindesten Zweifel unterliegen, sobald Herr Louis Blanc, wie wir es von ihm überzeugt sind, selbst begriff, daß er sich jedes Schrittes zu enthalten habe, der dazu geeignet sein könnte, die innere Ordnung in Belgien zu stören oder auf irgend eine Weise eine der unsrigen befreundete Regierung zu beunruhigen, und von Belgien nichts als eine Gastfreundschaft begehrte, die es niemals einem politischen Flüchtling versagt hat, war gar kein Grund vorhanden, eine blos den allgemeinen polizeilichen Maßregeln gemäß vorgenommene einstweilige Verhaftung fortdauern zu lassen."

Lokales und Provinzielles.

** **Breslau**, 1. Septbr. [Schützenfest.] Gestern Mittag 2 Uhr wurde der neue Schützenkönig, Bäckermeister Gendri, in Gegenwart der Schießwerder-Deputation und des Scharfschützen-Corps im Königssaal von dem Stadtrath Becker im Namen des Magistrats als Schützenkönig bestätigt, und eben so die beiden Ritter, Bäckermeister Bielert und Brunnenmeister Wolf. — Bei der Mittagstafel, zu welcher eine große Anzahl Theilnehmer sich eingefunden hatte, brachte der Bürgermeister Bartsch den ersten Toast auf den konstitutionellen König Friedrich Wilhelm IV., der zweite Toast, vom Stadtverordneten-Vorsteher Regenbrecht ausgebracht, galt dem Schützenkönig, welcher einen Toast der Stadt Breslau brachte. Siebig und Linderer brachten politische Toaste, welche unter großem Jubel aufgenommen wurden. Einige Fremde ließen die Gastfreundschaft Breslau's hoch leben, nachdem auch ihnen ein Toast gebracht war. Zwei Lieder, das eine „Vorwärts" von Pulvermacher, das andere „der brave Schütz" von Linderer, erhöhten die Freuden des Festes. Den Verfassern der Lieder wurde ein dreimaliges „Hoch" gebracht.

Gegen 4½ Uhr, als die Tafel aufgehoben war, hatte sich zu dem nun beginnenden Gartenconcert eine unübersehbare Menschenmenge eingefunden. Als der Turnkönig (denn auch die Turner hatten ihr eigenes Armbrustschießen) vom Turnplatze aus in Begleitung aller Turner in den Schießwerder einzog, um dem Schützenkönige sich vorzustellen, waren die Räumlichkeiten des Gartens fast zu beengt für die Volksmassen; wohl an 20,000 Menschen erfüllten den Raum. Der Turnlehrer Rödelius sprach mit Beifall vor dem Königssaal, wo der Schützenkönig sich befand, im Namen des Turnkönigs, der Stadtverordnete Linderer erklärte, daß er vom Schützenkönige als verantwortlicher Minister die Rede zu beantworten beauftragt sei. Diese improvisirte Rede wurde mit großem Jubel aufgenommen, so daß der Redner mehrmals mit der Rede inne zu halten gezwungen war. Auch der Turnkönig hatte einige Worte an den Schützenkönig gerichtet, die dahin gingen, daß die Turner zwar schwache Kräfte besäßen, diese jedoch stärken würden, um einst sie dem Vaterlande kräftig bieten zu können. Gegen 8 Uhr Abends versammelten sich um das Orchester mehrere Tausend, welche unter Musikbegleitung „die Marseillaise", „was ist des Deutschen Vaterland" und „ich bin ein Deutscher" sangen; später wurde unter dem Zelte bis gegen ½ 11 Uhr getanzt, worauf das Tagesfest beendet war. Sonntag Abend wird die Einführung des Schützenkönigs stattfinden, und zwar in Begleitung der Bürgerwehr. Leicht erklärlich ist's, warum das Fest diesmal so großen Anklang fand; das Fest schreibt sich zwar aus jener Zeit, als die Bürger noch Waffen tragen und mit den Waffen ihre Freiheit vertheidigen durften; später, als dies nicht mehr der Fall war, sank das Schützenkönigfest zu einer erbärmlichen Ironie herab. Dieses Jahr ist aber das erste, in welchem die Bürger das Recht der Waffen errungen, das Recht mit den Waffen die junge Freiheit zu schützen. Darum sollte auch nach dem Wunsche der Schießwerder-Deputation, unter Zustimmung der Majore, die ganze Bürgerwehr den Schützenkönig in Breslau einführen.

Viele Compagnien haben sich hierzu auch bereit erklärt, andere Wehrmänner dagegen weigern sich, wie wir hören, weil der Schützenkönig dem Scharfschützen-Corps angehört und nicht der eigenen Compagnie, andere wieder, weil er Bäckermeister, Andere, weil — weil — weil. — Kurz, Jeder hat ein anderes Weil, und „der Zopf hängt ihnen hinten." Doch auch solche Käuze muß es geben, und der Zopfbürger darf nicht aussterben, er darf nicht, durchaus nicht, partout nicht!

** **Breslau**, 1. Septbr. [Die Universität.] Man hätte erwarten dürfen, daß bei dem eingetretenen Umschwung und der Neugestaltung aller öffentlichen Verhältnisse und Institutionen auch unsere Universität das Zeichen eines neuerwachten und regeren Lebens geben werde. Räumen wir nun auch ein, daß eine eigentliche zeitgemäße Reform der Universitäten nicht so schnell vor sich gehen kann, so dürfte man doch wenigstens die Anforderung stellen, daß die Lehrer der Hochschule bei der Feststellung ihrer Vorlesungen einige Rücksicht auf die Zeitverhältnisse nehmen und dem alten, stabilen Wesen einigermaßen entsagen sollten. Man mißverstehe uns nicht. Wir wollen nicht, daß die Wissenschaft ihren Charakter als Wissenschaft fahren lasse und sich auf das Gebiet der Tagesereignisse begebe, aber wir wollen, daß sie lebendiger werde, daß sie das verknöcherte Wesen einer einseitigen Fachbil-

dung aufgebe und daß das Katheder sich nicht dem Leben gegenüber stelle. Dies erscheint uns jetzt um so dringlicher, als sich die Jugend von den Ereignissen des öffentlichen Lebens mächtig angezogen fühlt und die Hörsäle der Hochschule schwerlich gefüllt werden dürften, wenn sie einen totalen Gegensatz zum Leben ausmachen. — Das ausgegebene Verzeichniß der im Winter-Semester zu haltenden Vorlesungen liefert den Beweis, daß es an unserer Universität noch ganz und gar beim Alten geblieben ist. Blicken wir einmal auf die Rubrik „philosophische Wissenschaften." Welche Sterilität! Außer Logik und Psychologie, die jeder Studirende hören muß, und einer Vorlesung des Prof. Nees, die doch wahrscheinlich nicht gehalten werden wird, sind angekündigt „Nachweisung, wie man zu der Anerkennung des Urgrunds von Allem gelangen könne und dessen freier Begriff der Träger der Begründung und Vollführung der gesammten Philosophie sei", „Metaphysik", „Aesthetik" und „Politik", welche Letztere ein so weitschichtiger Ausdruck ist, daß man Alles und Nichts darunter verstehen kann. Sind das nun die philosophischen Disciplinen, die den Geist der Jugend lebendig erhalten und zu einer wirklichen wissenschaftlichen Thätigkeit anregen können? — Wo bleiben Geschichte der Philosophie, Geschichtsphilosophie, anthropologische und pädagogische Wissenschaften? — Weit trauriger steht's um das Fach der „Literatur", denn es enthält nur ein ordentliches Kollegium, über deutsche Literatur und Kulturgeschichte. Also die Literatur des deutschen Volkes, dieser eigentliche Ausdruck seiner geistigen Gestaltung und Entwickelung, worin die größten Schätze unserer Nation enthalten sind, sie wird auf einer deutschen Universität nicht würdig genug erachtet, von dem Katheder herab gelehrt zu werden. Dafür aber bietet Ihr der wißbegierigen Jugend „des Eusebius Buch über die Theophanie, nach einer syrischen Handschrift", „die Hamasa und Hairus Sitzungen", „Erklärungen altpersischer Inschriften", „Sanskrit" u. dgl. m. — Die „Staats- und Kameral-Wissenschaften" zählen dieses Mal gar nichts, da die von Professor Tellkampf angekündigte „Politik" in Frankfurt gelesen werden müßte. Kann es da Wunder nehmen, wenn die Liebe zur Wissenschaft in der studirenden Jugend immer mehr erkaltet? — Dieses Zurückbleiben hinter dem Gange der Zeit muß den Verfall der Universität herbeiführen, und dies möge in Erwägung gezogen werden, ehe der Zeitpunkt eintrifft, wo man sich wird sagen müssen: es ist „zu spät."

**** Breslau**, 1. September. [Gründung eines allgemeinen deutschen Lehrer-Vereins.] Der provisorische Vorstand des allgemeinen deutschen Lehrervereins in Dresden hat einen Aufruf an die Lehrer Deutschlands erlassen, worin er sie auffordert, Abgeordnete nach Eisenach zu schicken, woselbst die erste Versammlung des allgemeinen deutschen Lehrervereins am 28., 29. u. 30. September stattfinden wird. Der Zweck dieses Vereins soll sein: Die Verwirklichung der einigen deutschen Volksschule in ihrem Gesammtorganismus. Der Gedanke zur Begründung dieses Vereins hat seine Wurzel in der Idee der deutschen Einheit. Die Begeisterung für diese Einheit muß in die Herzen der Jugend gelegt werden, und darum ist es nothwendig, daß die deutschen Lehrer für diesen Zweck auch gemeinsam handeln. Indem wir die Lehrer in unserer Provinz von dem erlassenen Aufrufe hiermit in Kenntniß setzen, wollen wir hoffen, daß sie durch Theilnahme an der Versammlung ihren Sinn für die Einheit unseres großen Vaterlands bethätigen werden. Beitrittserklärungen können portofrei „an den einstweiligen Vorstand des allgemeinen deutschen Lehrervereins in Dresden" übersandt werden.

*** Breslau**, 1. Septbr. [Schulangelegenheiten.] Nachdem die von dem hohen Ministerium der Neuzeit angeordneten Kreisversammlungen der Volksschullehrer unter Leitung der Landräthe, der Schul-Inspektoren und Superintendenten stattgefunden, soll in den bevorstehenden Tagen (den 5., 6. und 7. Sept.) auch die in Aussicht gestellt gewesene Provinzial-Lehrer-Konferenz im ganzen Staat abgehalten werden. Man ist auf das Ergebniß dieser Konferenzen in den verschiedenen Provinzen sehr gespannt. Den einberufenen Abgeordneten ist in den Berathungen die größtmögliche Selbstständigkeit nicht nur gestattet, sondern sogar anempfohlen. Zwar werden den Versammlungen drei Schulräthe als beorderte Regierungs-Commissarien, die Herren Michaelis aus Breslau, Barthel aus Liegnitz und Schulz aus Oppeln, beiwohnen, aber sie werden sich nicht an den Debatten betheiligen, sondern nur in zweifelhaften Fällen auf den Wunsch und die Bitten der Deputirten Aufschluß aus den amtlichen Akten und ihren Erfahrungen ertheilen. Die Sitzungen werden nach eingeholter und erlangter Genehmigung **öffentlich**, und zwar in der hiesigen Armenhauskirche, gehalten werden. Das Publikum erhält hierdurch die beste Gelegenheit, die Kräfte des schlesischen Schullehrerstandes, den Geist, welcher die Mitglieder desselben beseelt, und die Wünsche, welche die Lehrer für ein gedeihlicheres Wirken realisirt sehen möchten, kennen zu lernen. Man wird zugleich die Ueberzeugung gewinnen, daß nicht Egoismus, sondern reine, aufopferungsfähige Liebe für die heilige Sache der Volkserziehung im Sinne unserer Zeit die Triebfeder ihrer Bestrebungen ist. In wie fern diese Männer zu dem verzogenen (?) Lehrerstande gehören, wie neulich in einem Klubb behauptet wurde, das wird sich hier zeigen.

Theater.

(Gastspiel von Emil Devrient.)

Der hier so hochgeschätzte und beliebte Gast ist gestern zum ersten Male als Bolingbroke im „Glas Wasser" an unserer Bühne aufgetreten und hat uns einen Kunstgenuß in der edelsten Bedeutung des Wortes bereitet. Es liegt etwas Wunderbares in der Unverwüstlichkeit des Devrient'schen Talents. Haben wir doch das Stück und den Künstler selbst in dieser Rolle schon sehr oft gesehen, und dennoch erschien es uns wiederum in neuem Reize und fesselte mit seltener Spannkraft durch die gewaltige Macht in der Persönlichkeit des Darstellers der Hauptrolle. Dieses unvergleichlich schöne Organ, dessen Wohllaut man so gern lauscht, diese würdevolle Sprache, die jede Nüance des Charakters so markant hervorhebt, dieser Adel in der Bewegung, sie sind mit der Natur unseres Künstlers aufs innigste verwachsen, und bleiben in einer unwandelbaren Blüthe ewige Jugend. — Die Rolle des „Bollingbroke" bietet Herrn Devrient reiche Gelegenheit für die Entfaltung seiner glänzenden Gaben, und sie ist als eine der vortrefflichsten Leistungen auch allgemein anerkannt. Die Auffassung Devrients stellt den „Bolingbroke" wesentlich als den Engländer dar, den Scribe keineswegs in dem Lustspiele scharf umschrieben hat. Ja, es ist gar nicht zu verkennen, daß der Dichter, wenn er sein Stück auch in England spielen läßt, im Bolingbroke doch einen französischen Hofmann vor Augen gehabt, und wir haben ihn auch als solchen, d. h. mit der ganzen Lebhaftigkeit des französischen Naturells, öfter darstellen sehen. Devrients „Bolingbroke" aber ist ganz Engländer, das Moment der Ruhe tritt in allen Situationen charakterisirend auf, und stempelt ihn so zu Dem, was er sein soll — zum Politiker und Staatsmann. — In dieser Gestaltung ist auch der Humor des Charakters von um so größerer Wirksamkeit, und die Witzfunken sprühen um so leuchtender und heller. — Das Bild, das Devrient von diesem Standpunkte aus giebt, ist unbestritten ein Meisterstück der Darstellungskunst. Es ist ein vollkommenes, abgerundetes Ganze, reich ausgestattet, doch nicht überladen und in allen Zügen scharf und prägnant hervortretend. —

In Fräulein Marie Devrient, Tochter des Herrn Emil Devrient, lernten wir eine junge Darstellerin kennen, die durch Einfachheit und Natürtichkeit ein nicht geringes Interesse zu erwecken im Stande ist. Wir vermögen nach der Rolle der „Abigail", die sie im „Glas Wasser" gespielt, allerdings nicht ein bestimmtes Urtheil abzugeben, was sie überhaupt leisten kann, aber das können wir schon mit Zuverläßigkeit aussprechen, daß sie Eigenschaften besitzt, die um so höher anzuschlagen sind, als sie sich im Allgemeinen immer mehr und mehr von dem Gebiete der Kunst verlieren. Wir meinen eben jene ungezwungene Natürlichkeit in Bewegung und Sprache, jenes Freisein von Manierirtheit, die als erste und sicherste Grundlage für jeden darstellenden Künstler gelten müssen, und die wir an Fräulein Devrient mit Vergnügen wahrgenommen haben. Hoffentlich wird uns recht bald Gelegenheit geboten werden, unser Urtheil über die junge Dame vervollständigen zu können.

Das Publikum begrüßte Herrn Devrient und Tochter mit lebhaftesten Beifallsbezeugungen, und beehrte Beide, wie auch Madame Heinze mit wiederholtem Hervorruf.

M. K.

*** Schweidnitz**, 1. September. [Kosten der Beerdigung der geopferten Bürger. Ansinnen einer Partei an den Magistrat.] Die Seite unseres Marktplatzes, wo das Füsilier-Bataillon des 22. Regiments auf die Bürger gefeuert, ist noch immer Gegenstand der Betrachtung der Fremden, die unsere Stadt passiren. Die Auslagen, die der Kämmerei in Folge jenes Vorfalls erwachsen sind, haben eine bedeutende Höhe erreicht, die Begräbnißkosten, welche die Knmmune trägt, belaufen sich allein über 1000 Rthlr.; die Geistlichen, die meist vollzählig sich dem Grabgeläute angeschlossen, haben für ihre Person auf die ihnen zustehenden Gebühren verzichtet, eine gleiche Uneigennützigkeit können wir bei Andern nicht rühmen, die Gewerke haben für das Tragen der Leichen die gewöhnlichen Sätze liquidirt. Von den Verwundeten ist, so viel wir wissen, der Fuhrmann Klingberg, der am Abende des 3. August still seines Weges dahin wandelnd, durch eine Gewehrkugel schwer verwundet wurde, noch in Lebensgefahr. — In voriger Woche zirkulirte in der Stadt eine Aufforderung an den Magistrat, seine Aemter niederzulegen, da er nicht mehr das Vertrauen der Mitbürger besitze. Dies Unternehmen, bei dem sich mehre Demokraten bethätigt hatten, erfreute sich keiner besondern Unterstützung, das Schriftstück wurde im Ganzen von nur wenigen Unterschriften bedeckt. Der eigentliche Bürgerstand lehnte zum größten Theile jede Betheiligung an einer solchen Unterschrift ab, und der demokratisch-konstitutionelle Verein beschloß durch eine besondere Deklaration, die in den obrigkeitlichen Bekanntmachungen veröffentlicht werden soll, diesem Treiben umsomehr gegenüberzutreten, als die zu erwartende neue Gemeindeordnung ohnedies den Bewohnern der Stadt durch neugewählte Vertreter Gelegenheit bieten würde, die Männer des allgemeinen Vertrauens zu Gemeindevorständen zu berufen.

*** Liegnitz**, 31. August. [Gewaltsame Befreiung eines Verhafteten.] Schon gestern schrieb ich Ihnen, daß die Verhaftung des Buchdruckereibesitzers Herrn d'Oench große Sensation in der Stadt mache. Dazu kam das Gerücht, man wolle des Nachts den Gefangenen, wie vor einigen Wochen den Dr. Cunerth, aus der Stadt bringen. Gegen 10 Uhr Abends wurde Herr Land- und Stadtgerichts-Direktor Hoffmann-Scholz von einer großen Menge Menschen, welche sich vor seinem Hause versammelt hatten, dringend aufgefordert, den Verhafteten ihnen sofort wieder frei zu geben. Natürlich konnte der Angeredete diesem Verlangen nicht willfahren, worauf der Haufe erklärte, nach dem Land- und Stadtgerichts-Gebäude zu ziehen, und dort unter allen Umständen die Freiheit des Verhafteten zu bewirken. Dies geschah auch und zwar gewaltsam gegen 12 Uhr des Nachts. Nachdem der Schließer des Land- und Stadtgerichts-Gebäudes den Forderungen der ungestümen Menge, den Gefangenen sofort frei zu geben, nicht Genüge leisten wollte und konnte, wurden unter Lärmen die nöthigen Anstalten getroffen, mit Gewalt in das Innere des Hauses zu dringen. Herr d'Oench suchte dies zwar durch eine Ansprache von oben zu verhindern; allein seine Worte fanden kein Gehör und ehe er sichs versah, brach man durch ein schon ziemlich gebrechliches Thor durch den Hof in das Gerichts-Lokal ein und führte ihn im Triumph aus seiner Haft. Die ganze große Menge, man sagt, wenigstens an 800 Personen, wälzte sich nun nach der Bäckerstraße, wo Herr d'Oench wohnt, und es entstand hier ein nicht unbedeutender Tumult. Der Bürgerwehr-Oberst, Herr Regierundsrath v. Merckel, Herr Bürgermeister Krüger und Herr Lehrer Grotke, welche Versuche machten, die Leute zum Auseinander- und Nachhausegehen zu bewegen, bekamen entweder gar kein oder nur theilweises Gehör. Man versicherte, die ganze Nacht vor Herrn d'Oenchs Wohnung bleiben zu wollen, um ihn vor einer fernern Verhaftung zu schützen. Dies schien man mit unerschütterlicher Consequenz durchführen zu wollen, und nur den durchaus humanen und zweckmäßigen Schritten des Herrn v. Merckel gelang es endlich, die brausende Masse zu beschwichtigen und zum Auseinandergehen zu bewegen. Er gab ihr das Ehrenwort, daß Herr d'Oench nicht wieder in Haft gebracht werden solle, daß derselbe künftigen Morgen früh um 8 Uhr nur zum Verhör auf das Stadtgericht sich zu stellen habe, was der Angeklagte ihnen selber bestätigen werde. Herr d'Oench trat hierauf heraus, bat selbst die Versammelten nach Hause zu gehen, indem er den Versicherungen des Herrn von Merckel vollen Glauben schenken könne. Dies wirkte und die Massen zerstreuten sich erfreulicher Weise.

Brieg, 30. Aug. [Seminar. — Landwehr-Verein.] Das klösterliche Wesen des Löwener Seminars beginnt etwas zu verschwinden. Die Seminaristen können jetzt in beliebiger Anzahl ausgehen, auch bis Abends 9 Uhr ausbleiben; ja wir sahen einige bei der Lossener Volksversammlung. — Es wird sich hier binnen Kurzem ein Zweigverein des Breslauer Landwehrvereines bilden, und Aehnliches wird in allen preußischen Städten beabsichtigt. Die Vereinsglieder tragen an der Kopfbedeckung ein rothes Kreuz mit der Inschrift: „Mit Gott für Recht und freiste Verfassung!" (Samml.)

† Aus der Provinz, im August. [Ein Mord. — Ein Diebstahl.] Am 26. August Abends zwischen 9 und 10 Uhr wurden dem Häusler Lausch in Seiffersdorf bei Ottmachau, im Kreise Grottkau, die Fenster seiner Wohnung eingeschlagen, und nachdem derselbe sofort seine Wohnung verlassen hatte, um den Thäter zu verfolgen und zu ermitteln, wurde er später im Dorfe gewaltsam ermordet aufgefunden. Die Ermordung des rc. Lausch wurde dadurch festgestellt, daß derselbe mehrere Schläge an dem Kopfe hatte und sogar der Hinschädel muthmaßlich mit einer Axt eingeschlagen war. Ein des Mordes dringend verdächtiger Häusler aus Rottwitz, Kreis Neisse, ist verhaftet und dem Gericht zur Führung der Untersuchung überliefert worden. — Am 27. August Abends zwischen 9 und 10 Uhr wurde dem herrschaftlichen Gallerie-pächter zu Warmbrun, Kreis Hirschberg, mittelst Einsteigen durch ein offenes Fenster zur Schlafstube, Erbrechung des verschlossenen Schreibsekretärs und de

Kommode, die Summe von ohngefähr 505 Rtlr. und 78 Stück silberne Eßlöffel gestohlen. Verdachtsgründe liegen nicht vor, auch haben die bis jetzt abgehaltenen Revisionen und angestellten Nachforschungen zur Ermittelung des Diebes zu keinem Resultat geführt.

Inserate.

Bekanntmachung.

Vom 4. dieses Monats ab wird die Arbeitszeit der Tagearbeiter auf den städtischen Arbeitsplätzen auf die Zeit von früh 6 bis Abends 6 Uhr und das Tagelohn auf acht Silbergroschen festgestellt.

Breslau, den 1. September 1848.

Der Magistrat
hiesiger Haupt- und Residenzstadt.

Wiederholte Kündigungs-Bekanntmachung.

Unter Bezugnahme auf unseren Kündigungs-Erlaß vom 9. Juni dieses Jahres fordern wir die Inhaber aller damals aufgerufenen, aber bisher noch nicht eingelieferten schlesischen Pfandbriefe wiederholentlich auf, gedachte Pfandbriefe, welche in dem nächsten Weihnachts-Termine durch Baarzahlung des Nennwerthes eingelöset werden sollen, unverzüglich an das landschaftliche Depositorium abzuliefern. — Wenn die Einlieferung auch bis zu dem vorbezeichneten Verfall-Termine nicht erfolgen sollte, so werden die Inhaber nach Vorschrift der Allerhöchsten Kabinets-Ordre vom 6. August 1840 (G.-S. 1840. XVII. 2116.) mit ihrem Realrechte auf die in den Pfandbriefen ausgedrückte Spezialhypothek präkludirt und die Pfandbriefe in Ansehung dieser Spezialhypothek für vernichtet erklärt; es wird dies in den Landschaftsregistern und in den Hypothekenbüchern vermerkt; die Inhaber werden mit ihren Ansprüchen auf Zahlung des Pfandbriefwerthes nur an die Landschaft verwiesen, die baaren Valuten werden nach Bestreitung der Kosten des Aufgebots auf Gefahr und Kosten der Gläubiger zum landschaftlichen Depositorium genommen werden.

Spezielle Verzeichnisse aller solchergestalt wiederholt aufgerufenen, ingleichen der aus früheren Kündigungen noch ausstehenden Pfandbriefe, sind bei allen schlesischen Landschaftskassen und bei den Börsen zu Breslau und Berlin ausgehängt, auch mit den öffentlichen Anzeigern der drei schlesischen Regierungs-Amtsblätter ausgereicht worden.

Breslau, am 1. Septbr. 1848.

Schlesische General-Landschaftsdirektion.

Die dritte Compagnie des vierten Bataillons der hiesigen Bürgerwehr hat in Folge der Vorfälle am 24. August Abends nachstehenden Antrag an das Wehramt gerichtet:

„Umlaufende Gerüchte in der Stadt beschuldigen einen Theil der Wehrmänner, welche am 24. August zur Aufrechthaltung der Ordnung consignirt waren, den Wit genannt v. Dörring an jenem Abende, statt seine Person zu schützen, thätlich angegriffen und somit ihre Pflicht gröblich verletzt zu haben. Wenn wir auch nicht annehmen wollen, daß Excesse in der Art stattgefunden haben, wie sie jene Gerüchte angeben, so sind diese doch geeignet, die Breslauer Bürgerwehr in der öffentlichen Meinung herabzusetzen.

Es ist unser ernster Wille, unser noch junges Institut rein und makellos zu erhalten und ihm die Achtung zu verschaffen, in der allein die sichere Bürgschaft für Ordnung und Freiheit liegt. Wir werden nie zugeben, daß ihm Vergehen Einzelner zur Last gelegt werden und tragen daher darauf an:

ein hochlöbliches Wehramt wolle die erwähnten Vorfälle genau untersuchen lassen, die Schuldigen zur Rechenschaft ziehen und nach beendigter Untersuchung die geeigneten Schritte zur öffentlichen Rechtfertigung der Breslauer Bürgerwehr thun."

Breslau, den 31. August 1848.

Meine Erwiderung auf den vom 30. August d. J. datirten Artikel, in welchem mich der Herr Major und die Herren Offiziere des 11. Bataillons der Unwahrheit bezüchtigen, wird das zu veröffentlichende Ergebniß der gegen die Verbrecher eingeleiteten Untersuchung dem Publikum gegenüber liefern; und erwarte ich von der Gerechtigkeit der die Untersuchung führenden Behörde, daß mir dieselbe durch eine amtliche Vernehmung Gelegenheit geben wird, die von mir in Nr. 202 der Schlesischen Zeitung behaupteten Thatsachen gerichtlich zu beweisen. — Was übrigens das Geständniß genannter Herren anbetrifft, daß Schweigen mir gegenüber für sie erwünscht gewesen wäre, so hat daran gewiß — namentlich in Bezug auf diese schmutzige Geschichte — Niemand auch vor ihrer diesfälligen Erklärung gezweifelt.

Paul von Nimptsch.

Berichtigung. In der Zeitung vom 30. Aug. S. 2164 soll es bei den Unterschriften der Führer der Prausnitzer Bürgerwehr heißen: Solms statt Roland.

Für die Nothleidenden am Eulengebirge sind wiederum bei uns eingegangen: A. An Geld: Von einer scherzhaften Licitation in Breslau durch Fr. Wilh. Winkler 1 Rtl., vom Frauenverein in Brieg für Altfriedersdorf 5 Rtl. 10 Sgr., von demselben 8 Rtl. 26 Sgr. 6 Pf., Ungenannt aus Breslau durch Kfm. Fr. Reimann 1 Rtl., von Frau Ober-Arzt Eichling aus Löwenberg 8 Rtl., durch Hrn. Prediger Venatier in Gr. Glogau 25 Rtl., durch den Central-Verein in Reichenbach von Hrn. Pastor Suckow in Grünhartau 5 Rtl., von Frau Dorothea v. Reder in Sprottau 3 Rtl., von Hrn. Kfm. Adolph Reichenheim aus Berlin 5 Rthl., durch Hrn. Inspektor Güttler von H. M. 1 Rtl., desgl. C. M. 1 Rtl., aus Liebenthal durch Hrn. Pastor Haupt 3 Rtl. — B. An Kleidungsstücken: Durch Hrn. Kaufm. Fr. Reimann von mehreren Damen 12 Stck., durch dieselben ebenfalls von einer Dame N. 8 Stück ganz neue Hemden und 2 Paar neue Strümpfe, durch denselben von Hrn. F. 6 Stück, durch denselben Ungenannt 6 Paar Strümpfe, von Frau Dorothea v. Reber aus Sprottau 18 Stück, abermals von derselben 18 Stück, von Frau Dr. Julie Bender aus Pleschen 6 Stück, durch den Frauenverein in Brieg 17 Stück, durch denselben abermals 33 Stück und 2 Bettkissen, von einem armen Dienstmädchen in Breslau 6 Stück, durch Hrn. Lehrer Pfitzner aus Trachenberg 21 Stück, durch Hrn. Prediger Venatier aus Gr. Glogau 2 Röcke; durch Hrn. Inspektor Güttler in Breslau: von mehreren Damen gesammelt 1 Packet Sachen, wobei von einem armen Dienstmädchen, von Hrn. Ass. C. 4 Stück, von Frau Probst Rahn 8 Stück, von Fräulein Wilh. Langner 1 Packet Sachen, Ungenannt 1 Packet versch. Sachen, Ungenannt 1 Packet versch. Sachen, wofür wir den herzlichsten Dank abstatten, mit der ergebenen Bitte, auch fernerhin unsrer Armen zu gedenken.

Wüstewaltersdorf, den 31. August 1848.

Reimann, Pastor. Carl Haupt. Albert Haupt.
J. E. Seppelt.

Gütige Beiträge sind bei uns eingegangen:

Zum Bau eines evangelischen Gotteshauses in Guttentag: von einer Dame 15 Sgr. M. 20 Sgr. Pens. Gendarm Wieland zu D.-Crawarn 1 Rthl. Zusammen 2 Rthl. 5 Sgr.

Für die Abgebrannten zu Falkenhain, Kreis Schönau: Von F. S. 1 Rthl. Von einer Dame 12 Sgr. v. F. 10 Sgr. und ein Päckchen Sachen. W. 1 Rthl. H. O. St. 2 Rthl. R. u. A. St. 2 Rthl. E. Arnoldt 15 Sgr. D. u. K. 1 Rthl. D. H. ein Päckchen Sachen. Zusammen 8 Rthl. 7 Sgr. und 2 Päckchen Sachen.

Expedition der Breslauer Zeitung.

Theater-Nachricht.

Sonnabend: Bei aufgehobenem Abonnement. Zweites Gastspiel von Herrn Emil Devrient, königl. sächs. Hof-Schauspieler. **„Hamlet, Prinz von Dänemark."** Trauerspiel in 6 Akten, nach Shakespeare von Schlegel. — Hamlet, Herr Emil Devrient. Claudius, König von Dänemark, Herr Gerstel, vom Stadt-Theater in Hamburg, als Gast.

Entbindungs-Anzeige.

Die heut erfolgte glückliche Entbindung meiner lieben Frau Louise, geb. Stempell, von einem Knaben beehre ich mich, unseren Bekannten und Freunden hiermit ergebenst anzuzeigen.

Stargardt, den 29. August 1848.

Barkow, Justiz-Rath.

Entbindungs-Anzeige.

Die heut Morgen um 6 Uhr erfolgte glückliche Entbindung meiner lieben Frau Albertine, geb. Keyling, von einem gesunden Mädchen beehre ich mich, hierdurch ergebenst anzuzeigen.

Säbischdorf, den 1. September 1848.

Wilke.

Todes-Anzeige.

Heute Nachmittags nach 12 Uhr starb plötzlich meine geliebte Mutter, die verwittwete Kaufmann Josephine Härtlein. Auswärtigen Freunden und Bekannten beehre ich mich, diesen schmerzlichen Verlust, statt besonderer Meldung, ergebenst anzuzeigen.

Breslau, den 1. September 1848.

Verwittwete Musikdirektor Wolf.

An Nr. 5.

Bist Du ganz verstummt? Werde ich nie mehr Nachricht von Dir bekommen? O, bitte, gewähre mir das Glück, Dich bald zu sehen und Nachricht von Dir zu hören.

Nr. 9.

Paletot-Verwechselung.

Am 29. d. M. habe ich in der Restauration des Koseler Bahnhofs irrthümlich meinen schwarzen Paletot mit einem anderen ähnlicher Art vertauscht und ersuche ich ergebenst, den gegenseitigen Austausch zu veranlassen. Beuthen O/S., 31. Aug. 1848.

S. Siegheim.

Erinnerung der Liebe

an unsere theure, am 2. Sept. 1847 heimgegangene Tochter, Schwester u. Schwägerin

Karoline Nickgen.

Seifersdorf bei Lauban, 2. Septbr. 1848.

Die Hinterbliebenen.

Die Zeit entflieht in wechselnden Gestalten
Und Neues schafft sie aus vergang'nem Alten;
Doch Wunden, die der Liebe sie geschlagen,
Sie bluten stets, solch' Schmerz kann nie vertagen.

Ein Jahr schon ist, Verstorb'ne, hingegangen,
Seit Mutter Erde Dich von uns empfangen,
Ein Jahr schon ist's, seit wir in Grabesstille
Dich betteten, — es war des Herren Wille.

Heut nochmals treten wir zur theuren Erde,
Daß die Erinn'rung stark im Herzen werde,
Wir Eltern danken Deiner Kindesliebe,
Geschwister, Deines Schwesterherzens Triebe.

Wie emsig, fleißig war Dein irdisch' Wallen,
Des Hauses Ordnung war Dein Wohlgefallen,
Und treulich einte sich mit ird'schem Werke
Der Liebe Fülle und der Tugend Stärke.

Und ob der schwache Leib oft viel gelitten,
Und ob die Tugend mit dem Schmerz gestritten:
Nie, nie erkaltete Dein Gottvertrauen,
Er war Dein Fels, auf den Du konntest bauen.

Wohl sehnt sich unser Herz nach Dir, Geliebten!
Und Deine Tugend klagt zu uns Betrübten;
Doch ruhet süß, wer böser Krankheit Schmerzen
Gebettet in der Muttererde Herzen.

Aus jeder Thräne, die Dir nachgeflossen,
Ist lieblich grünes Reis hervorgeschossen.
Drum ist Dein Hügel uns're Hoffnung-Stätte,
Sie keimt und grünt aus Deinem Todtenbette.

Ja, diese Hoffnung spricht vom Wiedersehen,
Wenn uns're Leiber einst zur Ruhe gehen.
Die Geister werden dort in Himmelshöhen
Sich ewig liebend, ewig wiedersehen.

Am 29. August d. J. ist eine silberne Cylinder-Uhr abhanden gekommen, dieselbe hatte goldne Reifen mit weißer Emaille besetzt, und geht in 4 Rubinen, die innere Platte ist von Messing und auf dieselbe die Worte, quatres rubis, eingravirt. Vor dem Ankauf dieser Uhr wird gewarnt und dem Ueberbringer eine angemessene Belohnung zugesichert.

Kirchhof, Kupferschmiedestr. Nr. 10 in Breslau.

Wilhelms-Bahn.

Den 1. September wird die Verbindungsstrecke zwischen Bahnhof Annaberg und österreichisch Oderberg dem Betriebe eröffnet, und somit der direkte Anschluß der Wilhelms-Bahn an die Kaiser Ferdinands-Nordbahn hergestellt.

Ratibor, den 31. August 1848. **Das Direktorium.**

Niederschlesische Zucker-Raffinerie.

Die resp. Interessenten werden hierdurch benachrichtigt, daß dieselben gegen Einlieferung der Aktien und Designation darüber abermals eine Zahlung von 25 Rtl. pro Aktie in den Tagen vom 16. bis 26. kommenden Monats September (Sonntag ausgenommen) Vormittags von 9 bis 12 Uhr in der Wohnung unseres General-Bevollmächtigten, Langestraße Nr. 243, 1 Treppe, in Empfang nehmen können.

Die Aktien werden zurückbehalten, dagegen den Präsentanten ein Revers über das ihnen verbleibende Anrecht an dem für jetzt nicht liquiden kleinen Vermögens-Saldo der Gesellschaft ertheilt.

Auf Aktien, die sich nicht mehr in erster Hand befinden, müssen die Giros sämmtlich ausgefüllt, ebenso Präsentanten im Auftrage, von den Aktionären zur Empfangnahme der Zahlung gehörig bevollmächtigt sein.

Die Ausbleibenden haben sich jeden, sie dadurch treffenden Nachtheil selbst beizumessen.

Glogau, den 16. August 1848.

Die Direktion der Niederschlesischen Zuckerraffinerie.

Angekommene Fremde in Zettlitz's Hôtel.
Corps-Auditeur v. Wydenbrück a. Frankfurt a. d. O. Gutsbes. Baron v. Prittwitz a. Kasimir. Gutsbes. Graf v. Malachowski a. Galizien. Gutsbes. Schulz aus Görlitz. Gutsbes. Graf v. Wallwitz a. Dresden. Fürstin Rulikowska a. Warschau. Hauptm. v. Twardawa a. Luxemburg. Eigenthümer d'Anton a. Wien. Kaufm. Meißner a. Leipzig. Kaufm. Bertram a. Sheffield. Kaufl. Seebach u. Herrmann a. Frankfurt a. M. Offizier Baron v. Block a. Erfurt. Justiz-Kommissarius Buschmann a. Fraustadt. Wirthschafts-Direktor Reimann a. Oberschlesien.

Breslauer Getreide-Preise am 1. September.

Sorte:	beste		mittle		geringste	
Weizen, weißer	71	Sg.	67	Sg.	64	Sg.
Weizen, gelber	68	„	64	„	61	„
Roggen	38½	„	36	„	32	„
Gerste	27½	„	26	„	24	„
Hafer	18½	„	17½	„	16½	„

Breslau, den 1. September.

(Amtliches Cours-Blatt.) Geld- und Fonds-Course: Holländische Rand-Dukaten 96½ Br. Kaiserliche Dukaten 96½ Br. Friedrichsd'or 113⅓ Br. Louisd'or 112⅚ Gld. Polnisches Courant 94⅔ Br. Oesterreichische Banknoten 94⅓ Gld. Staats-Schuld-Scheine per 100 Rtl. 3½% 74⅔ Gld. Großherzoglich Posener Pfandbriefe 4% 96 11/12 Br., neue 3½% 79 Gld. Schlesische Pfandbriefe à 1000 Rtl. 3½% 90⅚ Br., Litt. B 4% 92⅚ Br., 3½% 81¾ Br. Alte polnische Pfandbriefe 4% 90¼ Gld., neue 90¼ Gld. — Eisenbahn-Aktien: Breslau-Schweidnitz-Freiburger 4% 89 Br. Oberschlesische Litt. A 3½% 92¾ Br., Litt. B 92¾ Br. Krakau-Oberschlesische 45½ Br. Niederschlesisch-Märkische 3½% 70½ Gld. Neisse-Brieger 40¼ Br. Köln-Mindener 3½% 76½ Gld. Friedrich-Wilhelms-Nordbahn 44 1/12 Br.

Berlin, den 31. August.

(Cours-Bericht.) Eisenbahn-Aktien: Köln-Mindener 3½% 77 à 77¼ bez., Prior. 4½% 90¾ bez. Niederschlesische 3½% 71¼ Br., Prior. 4% 82 Br., Prior. 5% 94 bez., Ser. III. 5% 89½ Gld. Oberschlesische Litt. A 3½% 92¼ bez., Litt. B 92½ bez. Rheinische 56 Gld. Prior. 4% 69½ bez. Posen-Stargard 4% 68¼ Gld. — Quittungs-Bogen: Friedrich-Wilhelms-Nordbahn 4% 45, 44¾, 45 u. 44⅞ bez. — Fonds- und Geld-Sorten: Staats-Schuld-Scheine 3½% 74¾ bez. Seehandlungs-Prämien-Scheine à 50 Rtl. 88 Br. Posener Pfandbriefe 4% 96¾ Gld., neue 3½% 79 bez. u. Gld. Friedrichsd'or 113⅜ Br. Louisd'or 112 1/12 bez. Polnische Pfandbriefe 4% neue 91 bez.

Druck und Verlag von Graß, Barth und Comp.

Redakteur: Nimbs.